

Reader zur Fachtagung

WER HAT MUT VORM BRAUNEN MANN?

Die Herausforderungen zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit



**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

agif Arbeitsgemeinschaft
Jugendfreizeitstätten
Sachsen e.V.

Vorwort

Mut beruht vor allem auf dem Willen, ihn zu haben.
Ellen Key

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Fachkolleginnen, liebe Fachkollegen,**

Ihnen liegt der Tagungsreader zur Fachtagung vor mit dem Titel „Wer hat Mut vorm braunen Mann? – Die Herausforderung zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit“. Diese wurde in Trägerschaft der AGJF Sachen in den letzten Wochen intensiv und mit hohem Engagement des MitarbeiterInnenteams vorbereitet.

Schwerpunkte der Fachtagung bilden Theorie-Impulse aus der aktuellen Forschung zum Thema Rechtsextremistische Entwicklungen sowie Praxis-Workshops zu erfolgreichen Handlungsansätzen und gelingenden Projekten unter der zentralen Frage:

„Wie gestaltet sich die Arbeit mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Positionen von Jugendlichen und welche Erfolge gibt es dabei zu verzeichnen?“.

Die ReferentInnen der Fachtagung haben im Vorfeld der Veranstaltung freundlicher Weise Fachbeiträge für den Reader zur Verfügung gestellt, die Einblicke zur aktuellen Problembeschreibung und zur fachwissenschaftlichen Debatte erlauben. Sie zeigen Möglichkeiten und Grenzen einer Pädagogik gegen Rechtsextremismus auf und verweisen auf wirkungsvolle pädagogische Interventionen, Methoden und best practice Projekte.

Deutlich wird dabei, dass Rechtsorientierte Haltung in den Köpfen entsteht und Rechtsextremismus längst kein Randproblem der Gesellschaft mehr darstellt. Vielmehr hat Rechtsextremismus vielschichtige optische Facetten, ist auf den ersten Blick manchmal schwer identifizierbar und erzeugt mit mancher Parole Resonanz und Legitimation auch in Teilen der sonst liberalen Gesellschaft.

Da Rechtsgerichtete Gruppierungen mit ihren Angeboten leider auch auf Heranwachsende anziehend wirken (können und wollen) und so mancher Mainstream-Jugendliche rechtsextreme und fremdenfeindliche Auffassungen latent vertritt, muss sich (nicht nur, aber auch) Jugendarbeit als Reibungsfläche zur Verfügung stellen, Antworten geben und in besonderem Maße Haltung zeigen.

Sozialpädagogische Fachkräfte benötigen für diese anspruchsvolle Aufgabe hinreichendes Wissen, wirksame Argumente und Handlungsansätze, aber auch eine klare Überzeugung, Engagement und mindestens ein Quäntchen Zivilcourage.

Jugendarbeit hat gegenüber jungen Menschen diesbezüglich eine hohe Verantwortung zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die demokratischen Grundwerte mit Leben zu füllen, beizutragen. Glücklicherweise verfügt Jugendarbeit aber auch über geeignete Methoden und Gestaltungsspielräume, um jungen Menschen Teilhabemöglichkeiten vor Ort und im Konkreten vorzuhalten.

Unser Dank gilt der Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, die die Schirmherrschaft für unsere Veranstaltung übernommen hat.

Ermöglicht wird diese Veranstaltung durch das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen und durch die Friedrich Ebert Stiftung, denen ebenfalls unser herzlichster Dank gilt.

Dankeschön auch an das Kulturkaufhaus DAStietz, dessen Räume wir nutzen dürfen, allen ReferentInnen, Akteuren und Mitwirkenden sowie der Vorbereitungsgruppe und den KooperationspartnerInnen, die diese Veranstaltung mittragen und unterstützen.

Als Dach- und Fachorganisation für Fortbildung, Beratung und Projekte in Sachsen möchte die AGJF ihren Beitrag leisten, den Teilnehmenden Handlungskompetenzen zu vermitteln und pädagogische Interventionen für die praktische Jugendarbeit anzuregen.

Daher bildet die Fachtagung einen Auftakt für eine Themenbezogene Reihe von Fortbildungsangeboten, Trainings zu bestehenden Ansätzen und begleitender Beratung für pädagogische Fachkräften der Jugendhilfe und Schule in Sachsen.

Da Rechtsextremismus kein ausschließlich männliches Phänomen darstellt, werden wir dieses Thema mit einem zweiten Fachtag am 11. Dezember 2008 vor allem auch unter geschlechtsspezifischen Aspekten aufgreifen.

Die Beratungs- und Fortbildungsangebote im August, Oktober und November 2008 bieten Basics zur politischen Arbeit und Trainings zu bestehenden Ansätzen in der Arbeit mit rechten Jugendlichen. (Näheres zu den Folgeveranstaltungen findet sich auf den letzten Seiten des Readers.)

Intention der Veranstaltungsreihe „Wer hat Mut vorm braunen Mann? – Die Herausforderung zur politischen Verantwortung in der Jugendarbeit“ ist es, einen Beitrag zum pädagogischen Optimismus zu leisten!

Wir meinen, wie auf dem Tagungsflyer ausgewiesen, dass die Arbeit mit Jugendlichen vor allem Mut und Courage, Wissen und Ideen, Verständigung und Reflexion, Verbündete und Netzwerke braucht.

Wir hoffen, die Fachtagung und die folgenden Veranstaltungen bieten dazu Informationen, Anregungen, Austausch und Gelegenheiten.

Um der politischen Verantwortung der Jugendarbeit gerecht zu werden, ist es nötig, zu wissen „was ist?“, „was wirkt?“ und „was (zu) tun?!“ ist: „nur Mut!“

In diesem Sinne allen LeserInnen eine anregende und „Mut machen!“de Lektüre dieses Readers!

Inhaltsverzeichnis

Andre Seitz

Gewaltkonjunktur

Aktuelle Entwicklung rechtsmotivierter Straftaten in Sachsen 5

Norman Geißler & Christin Schaefer

Wissensvermittlung über Antisemitismus durch „Kooperatives Lernen“ 11

Timo Reinfrank

Das „ABC“ gegen den Rechtsextremismus

Erfolgreiche Projekte und Strategien gegen Rechtsextremismus
vorgestellt am Beispiel des Aufstandes der Pößnecker Anständigen 15

Prof. Dr. Titus Simon

**Konsequenzen aus der bislang in Sachsen-Anhalt
geleisteten „Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen“ 21**

Prof. Dr. Eckart Osborg

Die subversive Verunsicherungspädagogik
Mit rechts orientierten Jugendlichen argumentieren – „Geht nicht“? 31

NDC Chemnitz

Netzwerk für Demokratie und Courage 39

Frank Carstens

Neonazis 2.0
Der Wandel innerhalb der extrem rechten Szene 43

Andre Seitz ■
Sozialwissenschaftler und freier Journalist

Schwerpunkte:
Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft.

Gewaltkonjunktur

Aktuelle Entwicklung rechtsmotivierter Straftaten in Sachsen

Andre Seitz

■ Sekundäranalyse der offiziellen Daten des sächsischen Innenministeriums zu politisch rechts motivierter Kriminalität

1. Rechts motivierte Straftaten - Erfassungsproblematik und Begriffsproblematik

Das Problem des Rechtsextremismus lässt sich auf unterschiedliche Weise betrachten, jeweils verschiedenes tritt bei Untersuchungen zu Organisationsstrukturen, Ideologieelementen oder der Verankerung von rechtsextremen Einstellungen bei Personen zu Tage. Straftaten von Neonazis sind ein sehr öffentlichkeitsrelevanter Teil der Problematik. Die hier aufgeführten Zahlen beruhen auf den Deliktdateien, die das sächsische Innenministerium auf parlamentarische Anfragen hin 2000 bis 2007 veröffentlicht hat. Diese Daten enthalten sämtliche in Sachsen eingeleiteten Ermittlungsverfahren zu als rechtsmotiviert eingestuften Straftaten. Die Daten benennen Zeitpunkt, Ort, Tatverdacht, seit 2006 Tathergang und Anzahl etwaiger Verhaftungen und Verletzter. Erklärungen für das Auf und Ab der statistischen Werte lässt sich nicht allein aus diesen Daten, sondern nur durch die Erweiterung des Blicks auf andere Ebenen entwickeln. Die Schwierigkeiten beginnen aber nicht erst bei der Verortung der rechtsmotivierten Kriminalität im gesamten Problembereich des Rechtsextremismus, sondern bereits bei der Frage,

wie die Begriffsgrenzen rechter Kriminalität abgesteckt werden und welche Daten daraufhin in diese Statistik aufgenommen werden.

Der Begriff der politisch rechts motivierten Kriminalität, wie er heute zur Erfassung dieser Straftaten benutzt wird, ist das Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Nach breiter öffentlicher Kritik an verharmlosenden Zahlen wurden nach der Jahrtausendwende die Erfassungskriterien geändert. Seit 2001 werden in der Statistik nicht mehr nur Delikte erfasst, die als gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet gedeutet werden. Eine Tat gilt heute „als politisch motiviert, wenn ihre Umstände oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet.“¹ Dieser Veränderung der Erfassungskriterien ging die Erkenntnis voraus, dass die Versuche, den Begriff „Rechtsextremismus“ tauglich zu definieren im Hinblick auf konkrete Sachverhalte wie Straftaten zu einer „Begriffskonfusion“ und zu einer Unzureichenden Erfassung vieler menschenfeindlicher Delikte in der Statistik geführt hatten.

Bereits seit 2001 haben die Polizeistatistiker demnach begonnen, die Straftaten zu

¹ Seehafer, Silvia 2003: Strafrechtlich Reaktionen auf rechtsextremistisch/fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten – Dissertation, S.8. Veröffentlicht unter: <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/seehafer-silvia-2003-04-28/PDF/Seehafer.pdf>

erfassen, die in aktuellen Diskussionen der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zugeordnet werden. Die Vorstellung eines ausschließlich am Rande bzw. außerhalb der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehenden „Rechtsextremismus“ hat sich nicht als tauglich erwiesen, das gesellschaftliche Problem des erneut aufkommenden Nazismus zu begreifen. Statt dessen verbreiten sich zunehmend Ansätze, die zutreffender von einer Etabliertheit menschenfeindlicher Einstellungsmuster in der gesamten Gesellschaft, unabhängig von Alter und selbst zugemessener politischer Orientierung ausgehen. Autoritäre Ordnungsvorstellungen, Intoleranz, Antisemitismus und Rassismus breiten sich „Vom Rand zur Mitte“ aus, so der sozialwissenschaftliche Befund. Unter der Hand ist die Statistik der politisch rechts motivierten Straftaten deshalb zu einer Statistik geworden, die Delikte der gruppenspezifischen Menschenfeindlichkeit widerspiegelt. Die Daten sind somit ein doppelter Spiegel - einerseits geben sie einen gewichtigen Ansatz zur Ausein-

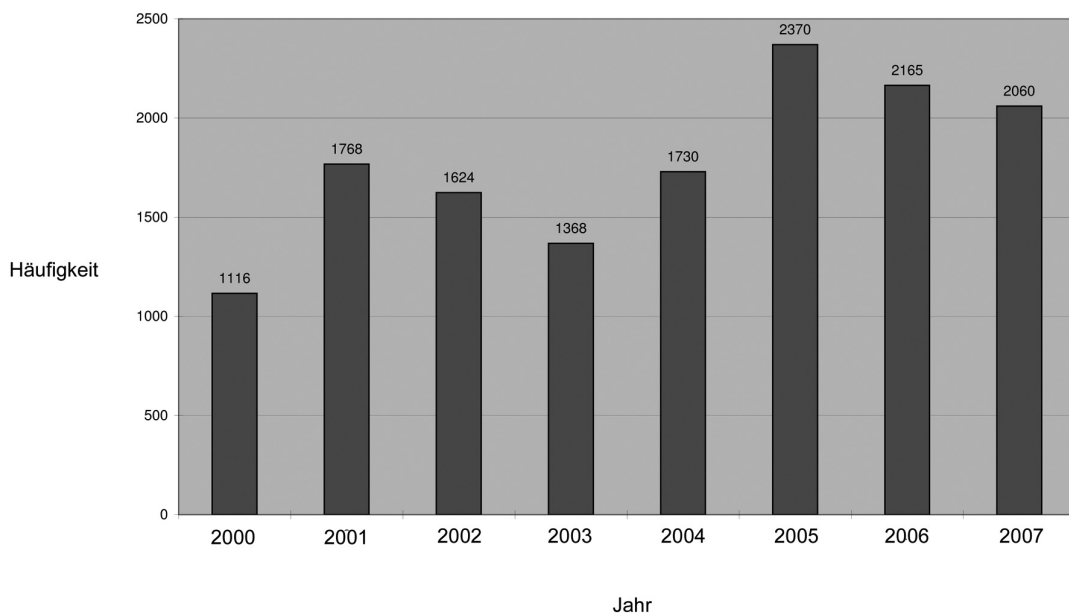
dersetzung mit dem Problem der Diskriminierung, andererseits verweisen sie immer auf die Entwicklung einer polizeilichen und generell innenpolitischen Auseinandersetzung mit dem Problem.

2. Interpretation der Entwicklung 2000 - 2007

Die Entwicklung der Häufigkeiten lässt sich gut mit Hilfe der politischen Debatten, Ereignisse und Interventionen interpretieren:

- a. Der Sprung von 2000 zu 2001 zeigt, wie sich die Änderung der Erfassungskriterien in der Kriminalstatistik auswirkte. Seit dem werden nicht nur Delikte erfasst, die sich direkt gegen die Verfassungsordnung richten, sondern generell diskriminierende Straftaten mit rechter Motivation.
- b. Die Dämpfung der Werte von 2001 bis 2003 fallen mit dem versuchten NPD-Verbotsverfahren zusammen. Nach dem Aufruf des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder zum „Aufstand der Anständigen“ etablierte die Bundesregierung die Förderprogramme Civitas und Entimon

Rechte Straftaten in Sachsen 2000 - 2007



zur verstärkten finanziellen Unterstützung für zivilgesellschaftliche Projekte, z.B. den Aufbau von Opferberatungsstellen und die Unterstützung antirassistischer Jugendarbeit.

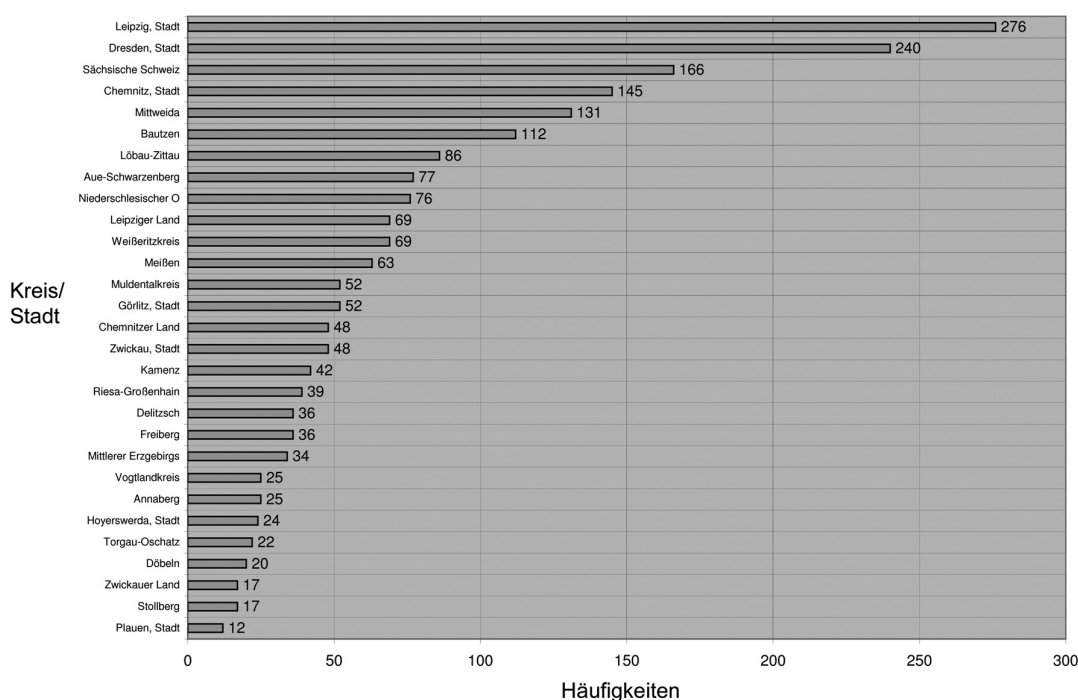
- c. Die Steigerung von 2003 zu 2004 fällt mit der nachlassenden Repression im Zuge des gescheiterten NPD-Verbotsverfahrens, der starken Etablierung von Vertriebsstrukturen für Rechtsrock und Nazipropaganda und dem stärkeren Auftreten von Nazi-Kameradschaftsstrukturen wie den Skinheads Sächsische Schweiz zusammen.
- d. Diese Entwicklung setzte sich 2004 fort und gipfelte nach dem Einzug der NPD zur Jahreswende 2005/2006 in den sächsischen Landtag in neuen Höchstwerten der Deliktzahlen.
- e. Von 2005 bis heute ist in Sachsen ein anhaltend sehr hohes Niveau der Straftaten zu verzeichnen. Der NPD gelingt es auf parlamentarischer und parteipolitischer Ebene, gesellschaftliche Tabus zu brechen und Naziideologie im Alltagsbewusstsein der

Öffentlichkeit zu verankern und zu verfestigen. Kameradschaftsstrukturen bündeln losere Zusammenhänge. Ihre Straftaten sind vorm Hintergrund der Einschüchterung ganzer Landstriche und einer teilweise alltäglichen Akzeptanz gegenüber rechten Ideen zu sehen.

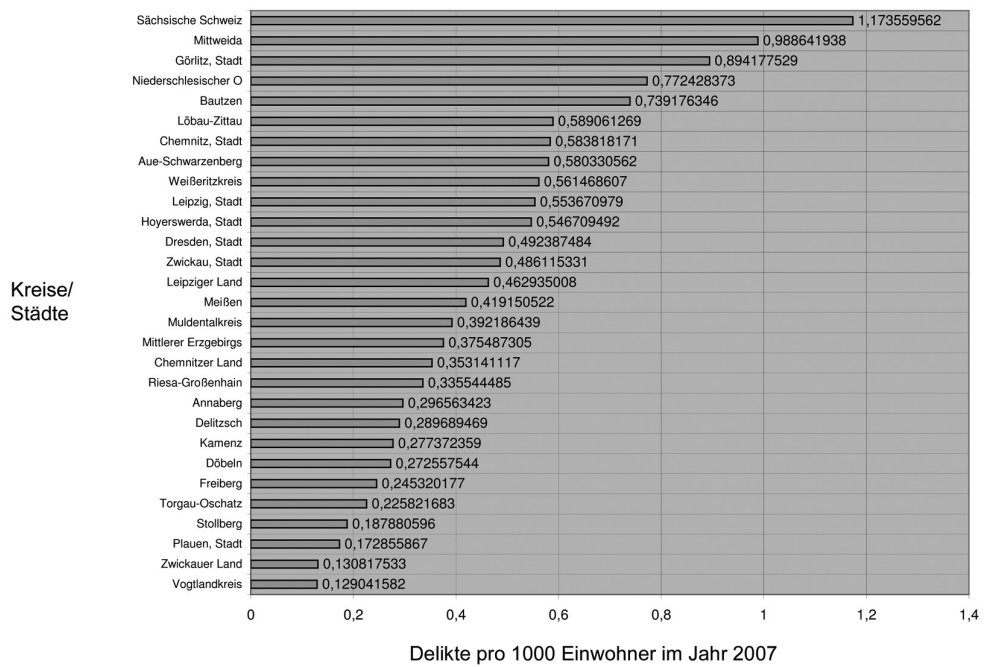
3. Häufigkeiten in den Städten und Kreisen 2007

- i. Schwerpunktregionen der erfassten rechten Kriminalität in Sachsen sind die Großstädte, die sächsische Schweiz, der Kreis Mittweida und die gesamte Region Ost-sachsen.
- ii. Gewichtet mit der Bevölkerungszahl rücken die ländlichen Regionen Ostsachsens, der Sächsischen Schweiz und der Kreis Mittweida vor die Großstädte. Chemnitz ist vor Leipzig und Dresden die sächsische Großstadt mit der höchsten Pro-Kopf-Belastung mit rechten Straftaten.

Rechte Straftaten 2007 in sächsischen Kreisen und kreisfreien Großstädten



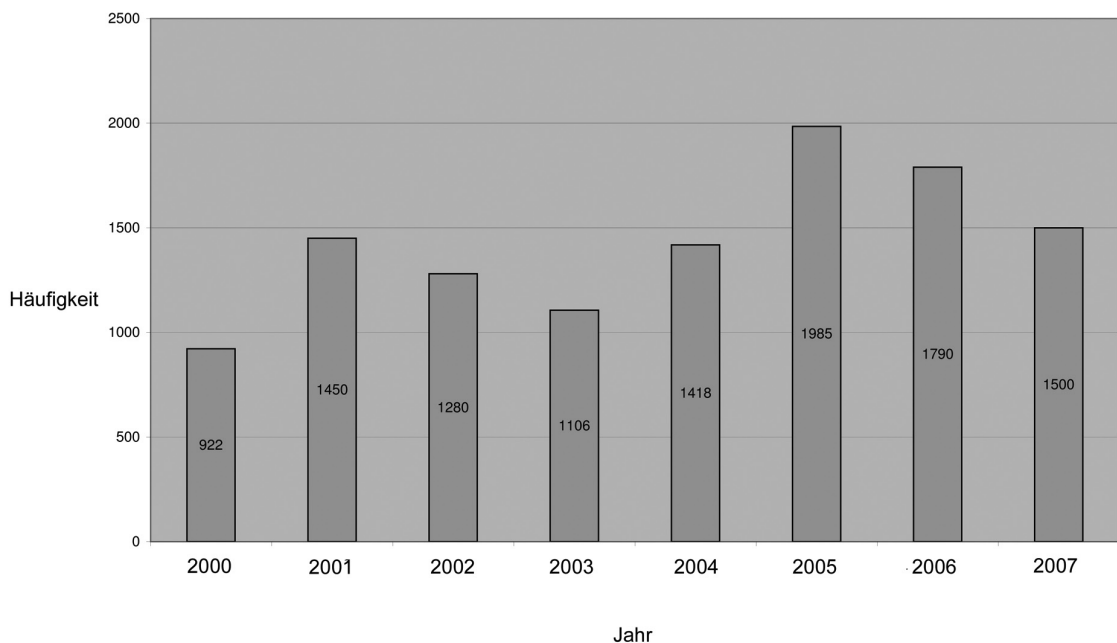
Pro-Kopf-Belastung mit rechten Straftaten in sächsischen Kreisen und kreisfreien Großstädten 2007



4. Aktuelle Tendenzen

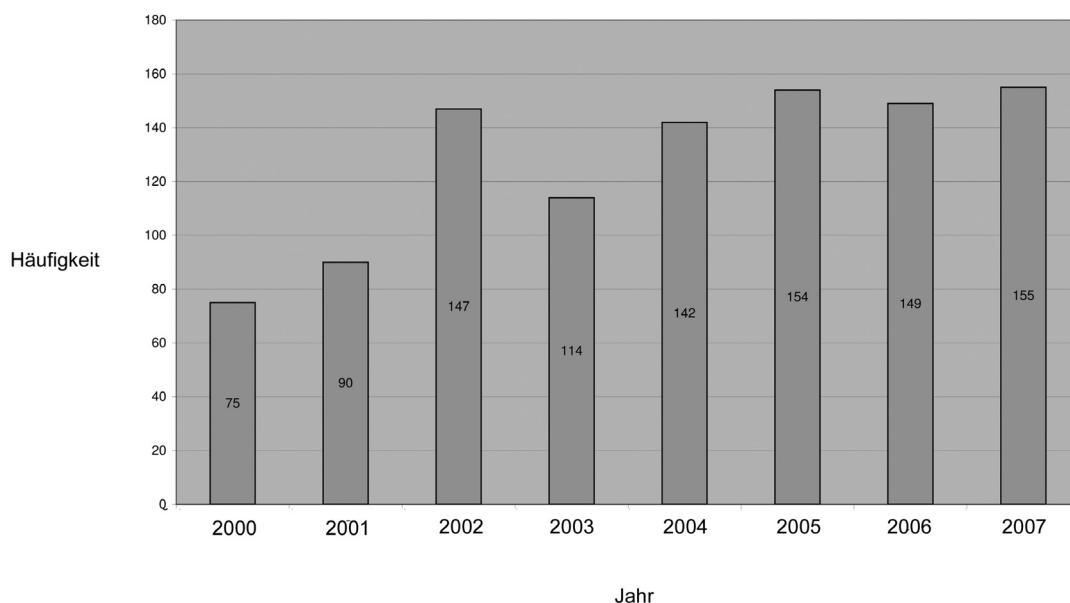
- a. Der Rechtsextremismus wandelt sein Gesicht, strafrechtlich relevante NS-Bezüge lassen nach. Seit Jahren bedienen sich Nazis bestimmter Codes wie „88“ zum Unterlaufen des §86 a StGB, sie benutzen neue Erkennungszeichen wie z.B. die Marke Thor Steinar und bedienen sich auch klassisch links besetzter Symbole und Stile. So lässt sich der leichte Rückgang klassischer Propagandadelikte nach §86 a StGB in Sachsen deuten.

Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gem. § 86a StGB



b. Trotz des sich verändernden äußeren Erscheinungsbildes bleiben die Nazis aber bei ihren Inhalten. Die Konstanz der Volksverhetzungsdelikte in den letzten Jahren, das heißt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit z.B. in Form rassistischer und antisemitischer Äußerungen, zeigt, dass diskriminierende Handlungen ein dauerhaftes gesellschaftliches Problem sind. Ungleichheitsideologien sind ein Kernbestand des rechten Denkens und stabilisieren sich gesellschaftlich.

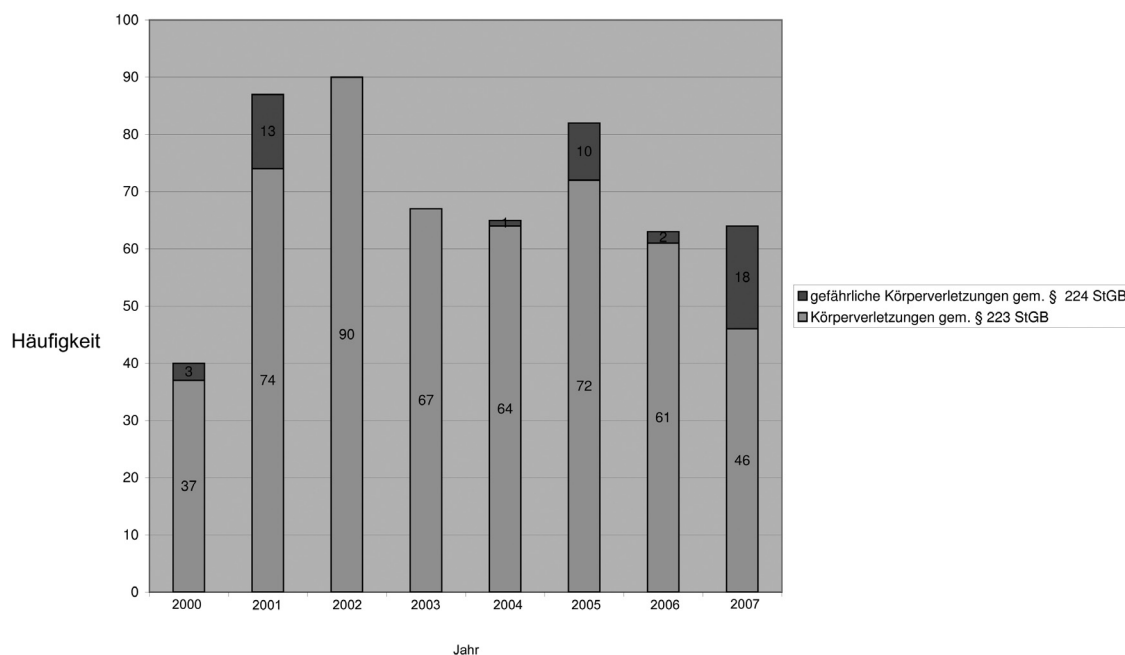
Volksverhetzung gem. § 130 StGB



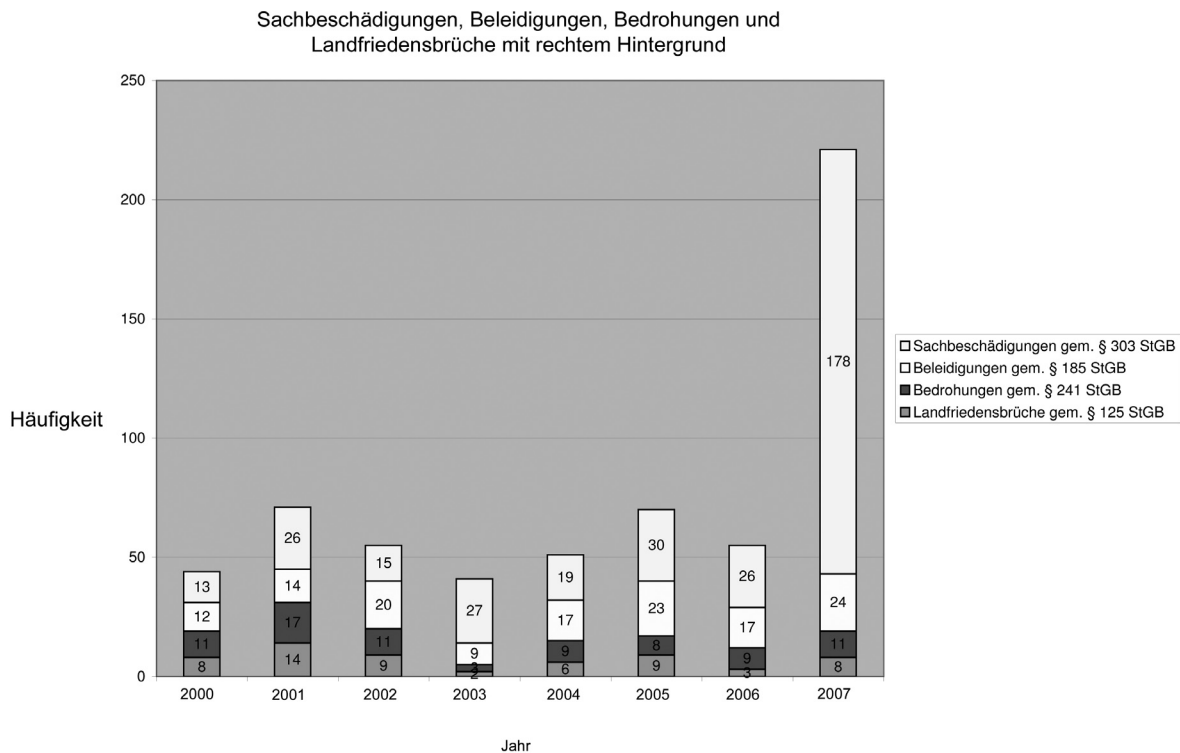
c. Derzeit ist ein aggressiveres gewalttätiges Auftreten zu verzeichnen.

1. der Anteil gefährlicher Körperverletzungen nimmt zu

Körperverletzungen und gefährliche Körperverletzungen mit rechtem Hintergrund 2000 - 2007



2. eine wesentlich höhere Zahl von Sachbeschädigungen wird verzeichnet (Verachtfachung von 2006 zu 2007)
3. es wurden mehr Beleidigungen und Bedrohungen erfasst
4. eine höhere Zahl Landfriedensbrüche wurden registriert.



1. Zusammenfassende Thesen

- a. Der Begriff des Rechtsextremismus hat sich spätestens seit der Jahrtausendwende als untauglich erwiesen, die Phänomene im Zusammenhang mit gruppenbezogener menschenfeindlich motivierter Kriminalität zu erfassen. Diskriminierende Delikte und Ideologien sind kein Phänomen des gesellschaftlichen Randes, demzufolge sind auch sozialarbeiterische Ansätze, die von „rechten Jugendlichen“ als Randgruppen ausgehen, fehl am Platz. Weder ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein Jugendphänomen noch ein Randphänomen, vielmehr ist davon auszugehen, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt.
- b. Neben den Großstädten haben sich ländliche Regionen etabliert, in denen Neonazis über feste Infrastrukturen verfügen und zeitweise mit Gewalt die Straßen bestimmen. Hier bestehen entscheidende Defizite in Bezug auf eine demokratische Kultur. Sozialarbeit allein kann der Peripherisierung und Abkopplung ländlicher Gebiete nicht abhelfen, sondern wird hier teilweise zum Teil einer nazistischen Infrastruktur.
- c. Gewaltkonjunkturen beruhen auf der Akzeptanz gegenüber gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Nazis ist es in den letzten Jahren immer mehr gelungen, gesellschaftliche Tabus zu brechen und Verbote zu unterlaufen. Statt der bloßen Aufrichtung von Tabus und Verboten ist ein gesamtgesellschaftliches Vorgehen gegen Ungleichheitsdenken, die Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Hintergründe der Naziideologie angesagt.

Wissensvermittlung über Antisemitismus durch „Kooperatives Lernen“

Norman Geißler & Christin Schaefer

Erschienen in ZWST e.V. (2007) CIVITAS PROJEKTE „Bildungsinitiativen“ Gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus für ein tolerantes und demokratisches Thüringen Jahresbericht 2006

■ Antisemitismus ist eine große Herausforderung für die Bildungsarbeit. Ein kurzer Überblick über einige wesentliche aktuelle Studien verdeutlicht dies.

So untersuchten z.B. Sturzbecher und Freytag (2000) Antisemitismus von Jugendlichen zwischen vierzehn und einundzwanzig Jahren in Brandenburg (n = 2094) und Nordrhein-Westfalen (n = 2503). Sturzbecher et al. (2000) verwenden in dieser Studie vier Indikatoren für Antisemitismus, die auf den Arbeiten von Bergmann und Erb (1991) basieren: antisemitische Vorurteile, jüdenfeindliche sozio-emotionale Einstellungen, die Bereitschaft zur aktiven Diskriminierung von Juden und Verantwortungsabwehr. Sturzbecher et al. (2000) setzen hierbei Subskalen zu antisemitischen Vorurteilen, Verantwortungsabwehr (sekundärer Antisemitismus) und „Antiisraelismus“ ein. Hinsichtlich der Verantwortungsabwehr wird auch die Zustimmung erfragt, ob ein Schlussstrich unter dem Holocaust gezogen werden soll. Diese Forderung erzielt eine hohe Zustimmung unter den befragten Jugendlichen. Weitere Ergebnisse dieser Studie sind vor allem die stärkere Ausprägung des Antisemitismus unter Männern und bei Jugendlichen in Brandenburg, die über viel Selbstvertrauen und Zukunftsoptimismus verfügen¹. Die pri-

mären antisemitischen Vorurteile, die Verantwortungsabwehr, die Forderung nach einem Schlussstrich und der „Antiisraelismus“ waren in Brandenburg im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen signifikant höher.

Eine von FORSA durchgeführte repräsentative Umfrage, die u.a. im Stern veröffentlicht wurde (Stern 48, 2003), fand bei 23 % der Deutschen latente bis starke antisemitische Einstellungen. Laut dieser Erhebung meinen 18 % der Deutschen, Juden an ihrem Aussehen erkennen zu können, 28 % meinen, Juden hätten „zu viel Einfluss“ in Deutschland und 36 % unterstellten, Juden würden aus der Geschichte Vorteile ziehen wollen. Den antisemitischen Stereotyp, wonach „die Juden“ „durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung nicht ganz unschuldig“ sind, vertreten 19 %.

Ebenfalls 2003 wurde eine Umfrage der Europäischen Union² unter 7500 Bürgerinnen und Bürgern der 15 Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die Mehrheit der EU BürgerInnen (59 %) und in Deutschland sogar 65 % der BürgerInnen glauben laut dieser Umfrage, dass Israel - vor Diktaturen wie z.B. Iran und Nordkorea - die größte Bedrohung für den Weltfrieden darstellt. Werner Bergmann und Juliane Wetzel vom Berliner „Zentrum für Antisemitismusforschung“ führten eine weitere Untersuchung auf europäischer Ebene für das „Europäische Zentrum zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (EUMC) durch. Diese Studie wurde auf Grund von Kontroversen, die

¹ Dies zeigt die Unzulänglichkeit der Deprivationstheorie – siehe auch <http://www.dgb-bw.de/sixcms/detail.php?id=642>

² Flash Eurobarometer 151: Iraq and Peace in the World. Realized by EOS Gallup Europe upon the request of the European Commission

insbesondere die Ergebnisse betreffen, nicht offiziell von dem EUMC veröffentlicht. Diese Untersuchung hatte ergeben, dass hinter antisemitischen Straftaten in Europa in großem Maße islamistische und pro-palästinensische Gruppen stehen.³

Eine weitere Studie stammt von Wilhelm Heitmeyer der insgesamt 3000 deutsche Bürgerinnen und Bürger ab dem 16. Lebensjahr befragte. Einige zentrale Ergebnisse dieser Untersuchung sind, dass ca. 65 % der Befragten eine Abwehrhaltung gegenüber der Beschäftigung mit den Verbrechen der Deutschen an den Juden im Dritten Reich entwickelt haben (sekundärer Antisemitismus) und über die Hälfte der Befragten (51,2 %) der Aussage zustimmen, dass „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“. Außerdem stimmen 44,4 % der Befragten der Israelbezogenen antisemitischen Aussage zu, dass „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“

Pädagogische Interventionen gegen Antisemitismus

Angesichts der dargestellten Ergebnisse, die die Brisanz des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft aufzeigen, ergibt sich die notwendige Diskussion von Interventionen. In diesem Artikel wird es vorrangig um Interventionen im schulischen Kontext gehen⁴.

Ein Netzwerk von Initiativen und Individuen, die zu diesem Thema arbeiten, ist die „Task-Force - Education on Anti-Semitism“, die auch anlässlich der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum Thema Antisemitismus im April 2004 in Berlin eine

stärkere Verankerung des Themas Antisemitismus in der Bildungspraxis forderte und darüber hinaus feststellte: „Die Förderung von Konflikt- und Empathiefähigkeit sowie von solidarischen Handlungsmöglichkeiten und gesellschaftlicher Partizipation ist daher von präventiver Bedeutung. Politische Bildung muss ein permanenter demokratiebegleitender Prozess sein, kurzfristige Programme sind nicht ausreichend. Pädagogik kann eine gute Sozialpolitik und die Pflege der Demokratie in Europa nicht ersetzen, sondern nur begleiten.“⁵

Um den Anspruch nach Konfliktfähigkeit und solidarischem Handeln zu berücksichtigen, ist es auch notwendig, dass bei pädagogischen Interventionen zum Thema Antisemitismus, wie auch z.B. bei Rassismus und Rechtsextremismus, Zivilcourage gefördert wird. Das erfordert u.a. eine Positionierung des Teamers/der Teamerin gegen Antisemitismus. Dies beinhaltet z.B. das Aufstellen von Regeln zu Beginn der Interventionen. Diese Regeln sollten betonen, dass Fragen und eine kontroverse Diskussion zu dem Thema Antisemitismus erwünscht sind, aber dass hierzu gehört, dass a) Kritik sachlich und nicht persönlich sein soll, b) diese begründet werden muss und c) keine Stereotypen - insbesondere gegenüber Juden - verwendet werden⁶.

Beispielhaft für aktuelle existierende Interventionsansätze sind die Arbeiten der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.v.), der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST e.V.) und der „Bausteine zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“, die vom DGB Bildungswerk Thüringen herausgegeben werden und der Projektträger Tacheles reden e.V. sowie der Amadeu Antonio Stiftung. Ein Hauptproblem der aufgezählten existierenden bzw. im Aufbau befindlichen Programme besteht in der definitiv auszubau-

³ http://www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/74/eustudie-antidem.pdf

⁴ Dies erfolgt nur auf Grund der Eingrenzung der Promotion und der begrenzten Seitenzahl und nicht auf der Vorstellung dass es sich um ein angebliches „Jugendproblem“ handelt.

⁵ Abschlusspapier des European Workshop: Education on anti-Semitism Berlin, 18.-20.04.2004 der Task-Force - Education on Antisemitism. <http://www.hagalil.com/or/2004/04/education.htm>

⁶ Selbstverständlich sollten existierende Stereotypen exemplarisch benannt und erläutert werden.

enden fundierten sozialwissenschaftlichen Evaluation des von den Programmen erzielten Wandels bei den antisemitischen Vorurteilen⁷. Pädagogische Interventionen sollten bei der Thematisierung von Antisemitismus berücksichtigen, dass es sich dabei um eine von kognitiven, motivationalen und sozialen Lernprozessen determinierte Ideologie (Hamilton & Trolier, 1986) verbunden mit einer sehr starken irrationalen Komponente handelt. Ein wesentlicher Aspekt für pädagogische Interventionen ist eine erweiterte Sichtweise auf die heterogenen Facetten von jüdischer Kultur, Religion, Politik und Philosophie, um Juden nicht nur als Objekte und Opfer zu verstehen bzw. zu thematisieren (Claussen, 1987). Dieses komplexe Anliegen auf Basis des kooperativen Lernens zu verwirklichen, wurde bisher in Deutschland, meiner Kenntnis nach, nicht praktiziert. Das heißt, es existiert ein großer Bedarf an Aufklärung, um Wissensdefizite und judenfeindliche Stereotype zu überwinden. Diese Projekte müssen die Vermittlung seriöser Informationen, die Herstellung persönlicher Beziehungen zum Thema und die sachliche Erklärung von Zusammenhängen beinhalten (Sturzbecher 2000 et al.). Denn das Wissen über Antisemitismus, aber auch über die heterogenen Facetten jüdischer Religion, Kultur und Philosophie bei deutschen SchülerInnen variiert sehr stark (u.a. Brusten & Winkelmann, 1994; Krahulec & Scherer, 1998; Silbermann & Stoffers, 2000). Ein vertieftes Wissen über diese Gebiete trägt jedoch, zumindest bei Menschen, die nicht bereits eine gefestigte antisemitische Einstellung haben, zu einer stärkeren Akzeptanz der deutschen Verantwortung für die Shoa (Sturzbecher et al., 2000) bei.

Eine stabile Einstellungsänderung bzw. zu mindest das Hinterfragen des bisherigen Wissens und der Einstellung ist wahrscheinlicher,

wenn die vermittelten Informationen intensiv elaboriert werden. Dies wird insbesondere von dem Modell der Elaborationswahrscheinlichkeit nach Petty und Cacioppo (1986) postuliert. Eine Möglichkeit, die Motivation für eine intensive Auseinandersetzung mit den gegebenen Informationen zu erhöhen, ist die Verstärkung der Themenrelevanz für den Rezipienten/die Rezipientin (Petty et al. 1986). Außerdem führt eine aktive Teilnahme generell zu stärkeren und nachhaltigeren Einstellungs- und Verhaltensänderungen als die passive Teilnahme (Oskamp, 1991). Eine Form des Lernens, die Wissen aktiv, vertieft und persönlich bedeutungsvoll vermitteln kann, ist das kooperative Lernen (Johnson & Johnson, 2000).

Kooperatives Lernen

Eine Lernform, bei der SchülerInnen in kleineren Gruppen arbeiten, um sich beim Lernen des Stoffes gegenseitig zu helfen, wird nach Slavin (1991) als „Kooperatives Lernen“ bezeichnet. Bei dieser Methode werden SchülerInnen ermutigt, gemeinsam zu diskutieren, zu debattieren und letztlich voneinander zu lernen. Es wird den SchülerInnen die Möglichkeit gegeben Informationen zu diskutieren und vom Lehrer/Lehrerin vermittelte Fähigkeiten und Fertigkeiten vertiefend zu üben. Das selbstständige Finden und Recherchieren von Informationen kann ein Bestandteil des Lernprozesses sein. Die Anwendung des kooperativen Lernens kann in jedem Schulfach erfolgen, von der zweiten Klassenstufe an bis hin zum Studium (Slavin, 1991). Kooperatives Lernen bietet sich aus vielfältigen Gründen zur Adaption für Interventionen gegen Antisemitismus und Rassismus an. Es wurde als Methode entwickelt, „soziale“ Vorurteile und diskriminierendes Verhalten gegenüber MitschülerInnen anderer Religion, Hautfarbe und/

⁷ Dies ist der Stand zu Beginn der Dissertation und bei der Fertigstellung des Artikels.

oder Einstellung abzubauen (Slavin, 1979).

Damit der Kontakt zwischen zwei Gruppen zur Verringerung von Vorurteilen führt, sollten nach Allport (1954) folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Die beteiligten Personen sollten nicht im Wettbewerbsverhältnis, sondern im Kooperationsverhältnis zueinander stehen. Die Arbeit an gemeinsamen übergeordneten Zielen wirkt sich dabei positiv aus.
- Die beteiligten Personen sollten sich nicht in einem unangenehmen, angespannten Klima befinden. Ist dies der Fall, so könnte es passieren, dass die mit der Situation verbundene Frustration der Zugehörigkeit einer Person zu ihrer Gruppe zugerechnet wird.
- Der Kontakt sollte nicht nur gelegentlich stattfinden und nicht zu oberflächlich sein. Kommt es nur zu flüchtigen Kontakten, so kann dies die schon bestehenden Vorurteile aktivieren oder sogar verstärken.
- Vor allem sollte der Kontakt auf Freiwilligkeit aller Teilnehmenden beruhen.

Eine Methode des Kooperativen Lernens, die auch bei der Studie des Autors adaptiert wurde, ist Co-op Co-op von Kagan (1992). Diese kooperative Lernmethode eignet sich für komplexe Aufgaben, zu denen es mehrere Zugänge und Lösungsansätze geben kann. Die SchülerInnen arbeiten in untereinander kooperierenden Teams und sind selbstbestimmter in Bezug darauf, was und vor allem wie sie lernen. Co-op Co-op lässt sich durch die folgenden Schritte beschreiben:

Zum Anfang einer Unterrichtseinheit soll die Neugier der SchülerInnen durch Diskussionen und den Austausch von Erfahrungen zum Thema geweckt werden.

Die Gruppenbildung erfolgt durch den/die MultiplikatorIn, um die Heterogenität innerhalb einer Gruppe zu gewährleisten.

Es gibt gruppenbildende Aktivitäten, um die Kooperationsbereitschaft innerhalb der Teams zu steigern und die Kommunikationsfähigkeiten der SchülerInnen zu trainieren.

Die Auswahl der Gruppenthemen erfolgt durch die SchülerInnen. Gemeinsam überlegen und diskutieren sie, wie man das Hauptthema in Subthemen unterteilen kann. Jedes Team bearbeitet dann ein Thema.

Innerhalb eines Teams wird das Teamthema nochmals in so genannte Minithemen gegliedert. Das heißt, dass sich jeder Schüler/jede Schülerin individuell auf sein/ihr Minithema vorbereitet (z.B. durch das Sammeln von Informationen).

Innerhalb eines Teams werden alle Minithemen in einem kurzen Vortrag vorgestellt und durch alle Teammitglieder diskutiert (z.B. die Zusammenhänge zwischen den Themen).

Anschließend wird eine Gruppenpräsentation von jedem Team vorbereitet.

Die Gruppenpräsentation wird vor allen anderen Teams vorgetragen, so dass schließlich alle über das gesamte Thema informiert sind.

Als Präsentationsform werden Rollenspiele, Demonstrationen und die Verwendung audiovisueller Medien dem traditionellen Vortrag vorgezogen.

Am Ende steht eine umfassende Evaluation. Durch die MitschülerInnen werden die Vorträge der Minithemen und die Gruppenpräsentationen eingeschätzt und durch den/die MultiplikatorIn werden die individuellen Berichte über das jeweilige Minithema eines jeden Schülers/SchülerIn begutachtet.

■ Norman Geissler

Diplom-Psychologe, Universitätsklinikum Leipzig

Forschungsschwerpunkte:

Rechtsextremismus und Interventionsforschung

Das „ABC“ gegen den Rechtsextremismus

Erfolgreiche Projekte und Strategien gegen Rechtsextremismus
vorgestellt am Beispiel des Aufstandes der Pößnecker Anständigen

Timo Reinfrank

Teile des Textes sind bereits in Band 6 der „Deutschen Zustände“, herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer (Hg.) veröffentlicht worden.

■ Die 13.000-Einwohner-Stadt Pößneck liegt verkehrsgünstig in der Nähe der beiden Autobahnen A4 und A9. Vielleicht ist das der Grund, warum sich einer der wichtigsten deutschen Nazis, der Hamburger NPD-Aktivist Jürgen Rieger, ausgerechnet diese Stadt ausgesucht hat, um ein rechtsextremes Schulungszentrum mit bundesweiter Bedeutung zu planen. Vielleicht hat er auch auf Ignoranz, politisches Desinteresse und stillschweigende Akzeptanz der Pößnecker Bürgerinnen und Bürger gesetzt. Außerdem findet Rieger hier für das geplante Zentrum einen prominenten Ort: Ende 2003 kauft er für 360.000 Euro das ehemalige Kulturhaus der Stadt Pößneck. Es ist ein stattliches Schützenhaus, mitten in der Innenstadt, auch von weitem nicht zu übersehen. Überregionale Zeitungen titeln später „Prunkimmobilie in Neonazihand“ und „Wallfahrtstempel für Rechtsextreme“.

Eingeweiht wird das Schützenhaus im April 2005 mit einem Landesparteitag der NPD Thüringen und anschließendem Rechtsrock-Konzert, zu dem 1.500 Rechtsextreme aus dem In- und Ausland anreisen. Es spielten die Bands Odins Law, English Rose, Agitator und Gegen-

schlag. Hauptattraktion war jedoch der Auftritt der Band Lunikoff-Verschwörung mit dem kurz zuvor verurteilten Landser-Sänger Michael „Lunikoff“ Regener. Dieser Abend, der Pößnecker Bürgerinnen und Bürgern aufgrund der durch die Stadt ziehenden Neonazis, dem massiven Polizeiaufgebot und der Erwähnung des Stadtnamens im überregionalen Fernsehen in unangenehmer Erinnerung bleibt, ist der Anfang vom Aufstand der Pößnecker Anständigen. Der Schüler Sebastian Klauer gründete zusammen mit seinem Freund Philipp Gliesing und fünfzehn weiteren Schülern, Studenten und Auszubildenden das Aktionsbündnis Courage, kurz ABC. Ein Zusammenschluss von „Punks, Müslis und linken Chaoten“, schreibt eine regionale Zeitung später. Die jungen Erwachsenen beschließen in der Gründungserklärung, „gewaltfrei“ und „kreativ“ gegen die „steigende rechtsextreme Gefahr“ in Pößneck vorzugehen. Die ungestörte Einweihung des Schützenhauses ist für sie der schockierende Moment, der klarmacht: Wir müssen etwas gegen die Nazis unternehmen, denn sonst wird wohl niemand in der Stadt aktiv. Bis zum Hauskauf ist die Stadt Pößneck in Thüringen nicht sonderlich auffällig: 20 bis 30 einheimische Neonazis schüchtern regelmäßig nichtrechte Jugendliche mit Gewalt ein, es gibt sporadische Aufmärsche und NPD-Infostände auf dem denkmalgeschützten Marktplatz - nichts Außergewöhnliches für viele Regionen Thüringens.

Erst im Nachhinein erinnert sich Sebastian Klaunder an einen merkwürdigen Besuch. Als begeisterter Hiphopper rappte er gerade auf der Bühne des Schützenhauses, das vor 2005 als Veranstaltungsraum genutzt wurde, als ihm ein älterer Mann auffiel, der im hinteren Teil des Raums am Tresen sein Bier leerte. Damals wusste er noch nicht, dass es Jürgen Rieger war, der Mann, der später wesentlichen Einfluss auf das Leben von Sebastian Klaunder und seinen Freunden nehmen sollte. Es war das erste und einzige direkte Aufeinandertreffen des Jugendlichen, der bis dahin vor allem auf korrekte Musik steht und keinen Ärger will, und des Neonazi-Strippenziehers, der als Anwalt, NPD-Vorsitzender in Hamburg und überzeugter Rassist einer der wirklichen Strategen der Neonazis ist. Rieger versucht, in ganz Deutschland Orte der Begegnung zwischen der rechtsextremen Szene und der „arischen“ Bevölkerung zu schaffen. Dafür schafft er kulturelle Angebote für Kind und Kegel, Abenteuerspaß mit Schießanlage und Disko, Musikauftritten einschlägiger völkischer Bands, aber auch ideologische Schulungen für die ihm ergebenden Kameradinnen und Kameraden. Mittels mehrerer Vereine, der Wilhelm-Tietjen-Stiftung und szenenahen Privatpersonen erwirbt er in ganz Deutschland Gebäude und Anwesen für seine Sache. Im niedersächsischen Doerverden erwirbt er 2004 ein großes Gehöft außerhalb der Stadt, den Heisenhof, der schnell zum norddeutschen Nazitreffpunkt avanciert. Vergeblich versucht er dagegen 2006 ein Hotel in der Innenstadt von Delmenhorst zu kaufen. Die Stadt nahm ihr Vorkaufsrecht wahr.

In Pößneck wird dem Nazi-Anwalt mit dem ABC gegen Rechtsextremismus begegnet. Sebastian, Philipp und ihre Freunde denken sich Aktionen aus, um sich regelmäßig ins Stadtgeschehen einzumischen. Auf dem Programm

stehen Vorträge und Infoveranstaltungen zu den Themen Faschismus, Antisemitismus und Nationalismus. Sie organisieren Literaturlesungen, Kunstausstellungen, zeigen Filme. Ihr Motto: „Feste und Texte“. Als erstes drucken sie 2005 auf eigene Kosten Informationsflugblätter über Jürgen Rieger, als dessen Rolle im Ort kaum jemand einzuschätzen weiß. Doch auch Rieger bleibt nicht untätig. Er engagiert als Pächter des Schützenhauses die ehemaligen Betreiber einer lange Zeit im sächsischen Mücka ansässigen rechten Szenediskotheek namens „Wodan“, wo Skinheadkonzerte mit mehr als 1.000 Besuchern stattfanden. Im Schützenhaus planen sie eine „Schankstätte“ und eine neue Disko. Für die Jugendlichen vom ABC Pößneck wird ein brauner Albtraum wahr. Jetzt muss ein noch deutlicheres Zeichen gesetzt werden. Sebastian stellt den Kontakt zur Kampagne „Laut gegen Nazis“ her, die mit Hilfe von prominenten Künstlern und Musikern Projekte und Initiativen unterstützt, die sich gegen rechtsextreme Gewalt engagieren. Der „Laut“-Kampagnenleiter, Jörn Menge, wie Rieger aus Hamburg, aber mit hanseatisch-liberalem Menschenbild und geschlagen mit einer eignen Nazi-Familien-geschichte, sagt nach den Schilderungen von Sebastian sofort zu. Er organisiert – sehr zu Sebastians Freude - die Hiphop-Künstler Afrob, Nico Suave, Dendemann und Mirko Machine, um Rieger und den lokalen Nazis inhalts- und dezibelstarken Protest entgegen zu setzen. Das Konzert soll stattfinden im Rahmen einer eigens dafür ins Leben gerufenen Pößnecker Aktionswoche gegen Rechtsextremismus.

Die Vorbereitungen laufen. Es gibt ein erstes Gespräch mit Vertretern der „Laut“-Kampagne, der Amadeu Antonio Stiftung, der Polizei und dem Landratsamt. Sebastian und Philipp haben sich extra professionelle Visitenkarten zugelegt. Doch bei den Treffen fehlen ohne

Ankündigung die Vertreter der Stadt. Später wird bekannt, warum: Die Veranstaltung kann nicht in Pöbneck stattfinden, weil der damalige Bürgermeister Michael Roolant das Event für „linksextremistisch“ hält und sich am Ausdruck „gegen Nazis“ stört. Offiziell begründet wird das „Nein“ mit der Aussage, dass es in Pöbneck keinen Raum mehr gebe. An einem Ausweichtermin hat die Stadt ebenfalls kein Interesse.

Aber so schnell gibt das ABC nicht auf: In Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Blitz e.V. und der Jugendinitiative NO wird das Konzert kurzerhand ins benachbarte Neustadt/Orla verlegt. Der Betreiber des dortigen Konzertsaales unterbricht extra seinen Urlaub, um den Saal zur Verfügung stellen zu können. Zum Konzert kommen 250 Besucher, zumeist Jugendliche aus dem Saale-Orla-Kreis. In den Umbaupausen der Bands stellen die Mitglieder des ABC ihre Arbeit vor und lesen eine eindrucksvolle, nicht enden wollende Chronik rechtsextremer Übergriffe aus dem Landkreis vor. Sebastian ist mittlerweile zum Pressesprecher und Koordinator des ABC gewählt und beantwortet alle Anfragen der Lokaljournalisten. Tänzerische Einlagen des ABC auf der Bühne heizen die Stimmung für Dendeman & Mirco Machine an. Plötzlich steht Landrat des Saale-Orla-Kreises, Frank Roßner, am Eingang des Saales. Besonders die Mitglieder des ABC freuen sich über den unerwarteten Besuch. Roßner hat früher als andere erkannt, welcher politische Schaden der Region durch ein „rechtes Propagandazentrum“ droht, und ist bis heute einer der aktiven Unterstützer des ABC. Der Besuch des Landrates auf dem Konzert ist auch eine schallende Ohrfeige für den Pöbnecker Bürgermeister.

Dauerhaft wollen sich die ABCler aber nicht mit der ablehnenden Haltung ihres Bürgermeisters abfinden. Es gibt viele Gesprächsver-

suche und Vermittlungen durch Dritte. Aber nichts fruchtet. Der Bürgermeister will das Problem lieber ignorieren, als die öffentliche Auseinandersetzung zu suchen, und hofft, es würde sich irgendwann von alleine lösen. Die ABCler suchen Hilfe. Zusammen mit der Amadeu Antonio Stiftung entwickeln sie die Idee, sich Rat und Unterstützung von anderen Jugendinitiativen zu holen, denen es ähnlich geht oder ging wie ihnen. Sie laden Initiativen nach Pöbneck ein, die die Amadeu Antonio Stiftung aus ihrer Arbeit kennt und schätzt. Es wird das erste Treffen von Jugendinitiativen aus ganz Deutschland gegen Rechtsextremismus. Ausgerechnet in einer Kleinstadt in Thüringen, dem Bundesland, das in der Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt bundesweit als Schlusslicht gilt. In diesem Kreis müssen sich die ABCler für nichts rechtfertigen. Die Partner aus Wunsiedel, Potsdam, Wurzen, Pirna, Verden, Neustadt und Berlin nicken und schütteln dann doch den Kopf, wenn es um den Linksextremismusvorwurf geht. Sie haben nur ein Wochenende und beschließen, spontan zu handeln: Eine gemeinsame Erklärung, Titel: „In Pöbneck ist es fünf vor zwölf.“ Sie wird einstimmig verabschiedet, ein Stadtspaziergang wird angemeldet und für den Sonntag zu einer Podiumsdiskussion mit allen demokratischen Parteien ins Rathaus eingeladen. Bald steht die Neuwahl des Bürgermeisters an. Keine Partei kann sich eine Absage erlauben, auch nicht der amtierende Bürgermeister.

Der Stadtspazierung ist ein Erfolg: der Landrat nimmt demonstrativ für die SPD teil, auch Vertreter der Grünen, der Linkspartei und der FDP sind anwesend. Die Polizei untersagt jedoch das Mitführen des Transparentes „Lichter aus im Schützenhaus“, es würde die Sonntagsruhe stören. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion im Rathaus bleibt kein Sitz frei. Routiniert

und an die Adresse des Bürgermeisters gerichtet trägt Sebastian für das ABC die Forderungen vor: Kein Wegschauen, keine Ignoranz, eine aktive Auseinandersetzung mit dem Schützenhaus, den lokalen Rechtsextremen und die ebenfalls nicht mehr selbstverständliche Förderung der Jugendarbeit in Pößneck. Der Bürgermeister lächelt und hört zu, seine Arme liegen entspannt auf dem Tisch.

Dann stehen spontan von jeder Initiative Vertreter auf und erzählen von ihren Erfahrungen mit den Nazis, den Medien und eben ihren Bürgermeistern. Die junge Schülerin Marietta berichtet vom Bündnis KONTrassT: 120 Vereine und Organisationen machen in Verden unter dem Motto „Bei uns ist nur der Kaffee braun“ gegen Neonazi-Aufmärsche mobil. Die Bürger des Städtchens laufen an den Sonntagen am Zaun des Heisenhofs Patrouille. Den Aufruf dazu unterstützen neben dem Bürgermeister unter anderen CDU, Kirchengemeinde und Biolandgruppe. Die Aktionen werden intensiv begleitet und beworben vom Weser-Kurier, der Regionalzeitung. Die Verdener Müllabfuhr hat mit dem Schülerbündnis eine braune Sondermülltonne aufgestellt, in der die rechtsextremen Flugblätter landen. Bei dem Verdener „Laut gegen Nazis“-Konzert hat der Bürgermeister an der Garderobe gestanden und die Jacken aufgehängt.

Auch drei junge Frauen aus Wunsiedel erzählen, wie sie zusammen mit dem Bürgermeister die „Laut gegen Nazis“-Kampagne zu einem „Fest der Demokratie“ in die Stadt geholt haben. Zusammen mit der Initiative „Wunsiedel ist bunt“, deren Vorsitzende der stellvertretende CSU – Bürgermeister ist, und der evangelischen Kirche haben sie den öffentlichen Raum besetzt und die alljährlichen Neonazi-Umzüge zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß vertrieben.

Die polnische Freiwillige der Aktion Zivilcourage Pirna berichtet vom symbolischen Höhepunkt ihrer Arbeit: In Pirna gibt es inzwischen jedes Jahr ein sommerliches Stadtfest, das unter dem Motto „Markt der Kulturen“ steht. Am liebsten würden sie sich ein Bild ihres Bürgermeisters als Zeichen der guten Zusammenarbeit ins Büro hängen. Aber das verbietet ihre parteipolitische Neutralität. Jüngst holte sich der Bürgermeister einen der Mitbegründer der Gruppe sogar als Koordinator gegen Extremismus ins Rathaus. Mit dem Verein macht er Werbung für die Stadt und lobt ihn in den Medien in höchsten Tönen. Das hat allerdings auch gedauert. Anfangs galten die 30 jungen Gründer des Vereins als Außenseiter in der Stadt, in der Rechtsextreme noch immer alle Nichtrechten einschüchtern und den Alltag prägen.

Carola von „Jugend engagiert“ in Potsdam erzählt von ihrem Jugendfonds, den die Initiative von ihrem Bürgermeister zur Verwaltung bekommen hat, und der Notwendigkeit lokaler Aktionspläne, die überhaupt erst die Voraussetzung für längerfristige professionelle Arbeit seien. Die anschließende Diskussion ist voll des Lobes für das Engagement der Initiativen und ihre Kooperationen mit den Bürgermeistern. So könnte es auch in Pößneck sein. Sebastian gibt sich unbeeindruckt, kann aber, wie er im Nachhinein zugibt, sein Glück kaum fassen. Nur ein Ziel wurde nicht erreicht: Am Ende der Diskussionsveranstaltung guckt der Bürgermeister nicht nur schlecht gelaunt, er hat auch die Arme ineinander verschränkt — keine Geste der Offenheit mehr.

Über zwei Jahre nach der Gründung des ABC ziehen Sebastian und Philipp in ihrem neuen Büro, keine zwölf Meter vom Rathaus entfernt, Bilanz. Beide Freunde arbeiten intensiver als zuvor für das ABC. Seit über zwei Jahren do-

miniert diese Arbeit ihr Leben. Viele erfolgreiche Veranstaltungen und Aktionen liegen hinter ihnen wie der Thüringische Antifa-Ratschlag, den sie in Pößneck organisiert haben. Mit dem Mobilen Team gehen sie an Schulen und klären mittels Forumtheater und Workshops über Rechtsextremismus auf. Mittlerweile ist der Bürgermeister abgewählt worden, auch seine eigene Partei hatte sich zuletzt von ihm abgewandt. Der neue Bürgermeister, Michael Modde von den Freien Wählern, ist ein Partner und hilfreicher Begleiter geworden. Anfragen im Landtag auf das Problem Schützenhaus beantwortet er schon einmal mit einem Hinweis auf die Arbeit des ABC. Bei einer Veranstaltung des ABC mit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse kam die lokale Sparkasse auf die Idee, dem ABC Räume und ein Telefon zur Verfügung zu stellen. Sparkassendirektor Helmut Schmidt wird von den ABClern mittlerweile als echter Freund angesehen. Bei der Einweihung der Räume des ABC sagt er: „Rechtsextreme sind bei uns als Kunden unerwünscht und auch wir als Sparkasse übernehmen eine gesellschaftliche Verantwortung. Deswegen ist es uns eine Herzensangelegenheit, Initiativen wie das ABC zu unterstützen.“

Auch Jürgen Rieger bekommt den Wandel in der Stadt zu spüren: Mit aller Macht der Verwaltung und legalen Tricks der Bürokratie versucht die Stadt, Rieger und Co. Steine in den Weg zu legen. Es gibt Hoffnung, dass es der Stadt doch noch gelingen könnte, eines Tages das Schützenhaus zurück zu bekommen. Sebastian und Philipp haben schon Pläne und wollen Bands ansprechen, die bei der Wiederinbesitznahme spielen könnten. Eine Idee ist, aus dem Schützenhaus ein Zentrum für demokratische Kultur zu machen.

Möglich sind solche Veränderungen nur durch

kontinuierliche Arbeit und langen Atem. Und das heißt zumeist: Idealistisches und überzeugtes Engagement. Durch die vielen Reibereien mit der Stadt, durch Grundsatzdiskussionen und das Festhalten an der kompromisslosen Gewaltlosigkeit hat das Bündnis über die Hälfte der Mitglieder verloren. Andere Aktive sind wegen Job oder Ausbildung weggezogen. Auch Sebastian und Philipp merken, dass sie nicht ewig so weiter machen können. Beide sind jetzt Mitte zwanzig und wollen auch endlich einmal an ihre eigene Zukunft denken. Sebastian will ein Studium beginnen, Philipp studiert bereits Geschichte. Dabei ist ihm als erstes aufgefallen, dass im Gebiet des heutigen Thüringen der erste NSDAP-Ortsverband schon 1922 ausgerechnet in Pößneck gegründet wurde. Gleich Anlass für einen neuen Denkansatz: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte von Pößneck im Nationalsozialismus und in der DDR soll ein Schwerpunkt für die künftige Arbeit des ABC werden. Lokale Geschichtsprojekte und die Verlegung von Stolpersteinen sind geplant. Zu tun gibt es viel.

■ **Timo Reinfrank** *Diplom-Politologe und seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung. Er berät zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte im Bereich Projekt- und Organisationsentwicklung, Fundraising und Vernetzung.*

Die Amadeu Antonio Stiftung

Seit ihrer Gründung 1998 ist das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür unterstützt sie lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung

Weitere Informationen können unter der folgenden Adresse erfragt werden:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin

Telefon
030. 240 886 10

Fax
030. 240 886 22

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Prof. Dr. Titus Simon ■

*Professor an der Fachhochschule Wiesbaden (Schwerpunkt Jugend und Gewalt) 1992
Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der HS Magdeburg-Stendal seit 1996*

Spezialisierungen und aktuelle Forschungsgebiete:

Jugendhilfeplanung, Offene Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Wohnungslosenhilfe, Rechtsextremismus

Konsequenzen aus der bislang in Sachsen-Anhalt geleisteten „Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen“

Prof. Dr. Titus Simon

Dieser Beitrag ist eine ergänzte und aktualisierte Fassung eines Aufsatzes, der 2005 in dem Band „Spurensuche“ veröffentlicht wurde.

■ Der Diskurs um Rechtsextremismus ist eng mit den Debatten um Jugendgewalt verknüpft. Die daraus resultierende Reduzierung von Rechtsextremismus zu einem vorrangig pädagogischen Problem, mit dem sich in erster Linie Schule und Jugendarbeit zu befassen hätten, griff - wie auch die Fülle an rasch und oftmals unreflektiert aufgelegten Bundes- oder Landesprogrammen - zu kurz. Sie waren meist geprägt von fehlendem Theorie-, bzw. Wissenschafts-Praxistransfer, es mangelte meist an adäquaten lokalen Verankerungen und notwendigen Netzwerkbildungen (Roth, 2003, S. 56 f), und es fehlte häufig das Personal mit der notwendigen Organisations- und Konfliktfähigkeit. Hinzu kam der Umstand, dass die Laufzeiten der Programme und Maßnahmen niemals so angelegt waren, dass sich abgesicherte Strukturen und eine aus langjähriger reflektierter Praxis resultierende Handlungssicherheit hätten entwickeln können (Simon/Hanselmann 2003).

Seit nunmehr wenigstens 35 Jahren wird die Bekämpfung des bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sichtbar werdenden Rechtsextremismus immer noch nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, sondern Spe-

zialisten zugewiesen. Diese können - je nach Konjunktur - sein: Sozialarbeiter, Mitarbeiter der Jugend- und Erwachsenenbildung, Therapeuten, Polizisten und unter diesen wiederum besonders spezialisierte: Sozialarbeiter mit der Kompetenz zur Arbeit mit „rechten Jugendlichen“ und polizeiliche Spezialeinheiten in der Hoheit einzelner Bundesländer. Und wenn derartiges nichts mehr zu fruchten scheint, werden Forderungen laut nach geschlossenen Heimen, amerikanischer „Drill- und Ranger-Pädagogik“, „Konfrontationspädagogik“ oder Anti-Aggressions-Training mit rassistischen Gewalttätern im Strafvollzug. Je nach Stand der Fachdebatte wird das vorgeschlagene Angebotsspektrum um die eine oder andere „besseren Erfolg versprechende“ Facette erweitert. Jüngste „Neuerung“ ist die Beschreibung einer eigenständigen „Verunsicherungspädagogik“, mittels derer fremdenfeindliche Haltungen Jugendlicher destabilisiert werden sollen.

Auch die Liste der auf die Bekämpfung des jugendlichen Rechtsextremismus ausgerichteten Projekte ist mittlerweile lang. Sie reicht vom 1992 aufgelegten „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) der Bundesregierung über die Einrichtung mehrerer Länderprogramme, die Schaffung von auf Rechtsextremismus spezialisierten Polizeieinheiten wie MEGA in Brandenburg oder MAEX in Mecklenburg-Vorpommern hin zu mobilen Beratungsteams, die den vor Ort Tätigen Un-

terstützung bieten sollen, wie z.B. das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ oder das in vier Regionen Sachsen-Anhalts eingerichtete Projekt „Miteinander e.V.“. Hinzu kommen innerhalb und außerhalb des Strafvollzugs verankerte Trainingsprogramme sowie eine Vielzahl privater und kommunaler Initiativen.

Zeitgleich mit dem quantitativen Rückgang rechter Gewalt wurden im Jahr 2001 verschiedene „Aussteigerprogramme“ implementiert. Das Bundesinnenministerium stellte Geld bereit, um Rechtsradikalen den Ausstieg mittels finanzieller Anreize schmackhaft zu machen. In Hamburg sollte der Verfassungsschutz ebenfalls gezielt auf potentielle Aussteiger zugehen. In Baden-Württemberg wurde im selben Jahr durch das Landeskriminalamt eine zehn Mitarbeiter starke „Interventionsgruppe Rechts“ ins Leben gerufen. Angehörige der Staatsschutzabteilung wollten mit Unterstützung von Psychologen und Pädagogen sowohl Intensivtäter als auch Mitläufer aus der rechten Szene herauslösen. Niedersachsen folgte mit einem in Verantwortung des Justizministeriums liegenden Programm, das sich vorrangig an abgeurteilte und inhaftierte Straftäter richtet. In privater Trägerschaft wurde in Berlin das von Bernd Wagner initiierte Aussteigerprojekt „Exit“ aufgebaut, das vorrangig durch Spenden finanziert wird. Knapp drei Jahre später ist auch von diesen Programmen nur noch wenig zu hören. Schon bei ihrer Implementierung stand die Frage im Raum, weshalb ständig neue Formen der Spezialintervention geschaffen werden müssen, obwohl gerade in Ostdeutschland eine krisenfest installierte kommunale Jugendarbeit immer noch fehlt. In den meisten östlichen Landstrichen existiert zwar eine hohe Dichte an Jugendeinrichtungen. Das Personal ist allerdings auch 15 Jahre nach der Wende immer noch nicht

angemessen fachlich ausgebildet und in der Mehrzahl der Fälle nur zeitlich befristet angestellt. Personalwechsel nach einem Jahr - in den Zyklen der ABM- und SAM-Programme - haben in der Vergangenheit einen mittelfristig wirksamen Beziehungsaufbau zu gefährdeten Jugendlichen meist verunmöglicht. Ein Scheitern - speziell in der Arbeit mit jugendlichen Problemgruppen - war unter solchen Bedingungen vorprogrammiert und ist in nicht wenigen Fällen auch eingetreten. Angesichts der unzulänglichen Absicherung kommunaler Jugendarbeit ist auch nicht verwunderlich, daß öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe immer wieder den Versuch unternommen haben, wenigstens einen Teil ihrer Pflichtaufgaben aus den neu aufgelegten Sonderprogrammen finanziert zu bekommen. Nicht anders ist zu erklären, daß die Mehrzahl der über 140 Projekte, die - unter Einbeziehung von Anschlußprogrammen der Länder - bis 1998 aus dem AgAG-Programm finanziert wurden, später entweder in Regelangebote kommunaler Jugendarbeit übergangen oder aber längst nicht mehr existieren. Mit den ursprünglichen Zielgruppen arbeitet kaum noch eines der Nachfolgeprojekte.

Eine nachträgliche Rekonstruktion der Arbeit jener Projekte, die in Sachsen Anhalt mit „rechten Jugendlichen“ arbeiteten, ließen folgende Trends sichtbar werden (Simon/Hanselmann 2003):

1. Die durch das AgAG geschaffenen Strukturen haben die Jugendhilfestrukturen der jeweiligen Region nachhaltig beeinflusst. Die aus den Projekten hervorgegangenen Dienste und Einrichtungen sind heute überwiegend fester Bestandteil der örtlichen Jugendhilfe. Nur sehr wenige Projekte sind gänzlich weggebrochen (z.B. das „Punk-Projekt“ in Stendal).

2. Eine Reduzierung der Spurensuche auf Projekte, die vorrangig mit „rechten“ Jugendlichen gearbeitet haben, war schwer möglich, da häufig szenübergreifende Arbeitsansätze entwickelt wurden. Dies gilt insbesondere für die mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum (z.B. Bilberge).
 3. Die Weiterführung von Projekten nach einem erfolgten Trägerwechsel fand auch statt, war aber eher die Ausnahme (z.B. Eisleben).
 4. Die damalige Sachmittelausstattung der Projekte bildet in vielen Fällen eine Ressource, von der heute noch selbst in jenen Fällen gezehrt wird, in denen eine Abkehr von den früheren Zielgruppen vorgenommen wurde.
 5. Die Gründe für die Mitarbeiterfluktuation in den einzelnen Projekten sind unterschiedlich. Sie umfassen das breite Spektrum vom Auslaufen der AB-Maßnahme bis zur Eigenkündigung nach erfahrener Gewaltanwendung. Allerdings sind sehr viele Mitarbeiter über mehrere Jahre hinweg in den Projekten tätig gewesen, nicht selten arbeiten sie dort heute noch (z.B. in Wernigerode).
 6. Eine Veränderung der konzeptionellen Grundlagen führte in den meisten Fällen zu einem Wechsel der Zielgruppen. Gelegentlich, aber nicht in allen Fällen war diese Entwicklung geplant und beabsichtigt. Speziell in Jugendclubs waren diese Prozesse von sehr intensiven Auseinandersetzungen begleitet („Besitzermentalität“ der seitherigen Stammgruppe). Eine reine „Szenearbeit“ ist heute eher die Ausnahme. Die Angebote richten sich in der Regel nicht mehr an eine bestimmte Zielgruppe (z.B. nur „Rechte“, nur Aussiedler usw.).
 7. Die aus dem Programm resultierenden Weiterbildungsangebote wurden durchweg als nutzbringend betrachtet.
 8. Nach Einschätzung der vormals beteiligten Mitarbeiter und der bereits befragten Multiplikatoren konnte an manchen Orten dem parteipolitischen Einfluss rechter Parteien erfolgreich entgegengewirkt werden. So bekamen z.B. in Dessau oder in Wernigerode die Parteikader kaum zählbaren Zuwachs.
 9. Die Konfrontation mit Gewalt (in ihren vielfältigen Formen) war bzw. ist in den dargestellten Arbeitszusammenhängen allgegenwärtig. Die meisten Mitarbeiter haben für sich Wege gefunden, um damit entsprechend umzugehen. Die erfolgreiche Entwicklung von Strategien im Umgang mit auftretender Jugendgewalt muß als Schlüsselqualifikation für die Herstellung personeller Kontinuität gesehen werden. Praxisberatung und wissenschaftliche Begleitung in der „AgAG-Phase“ haben hierzu wichtige Beiträge geleistet.
 10. Das zumindest mittelfristig (1992 bis 1996, bzw. unter Hinzunahme von Landesfinanzierungen bis 1998) angelegte AgAG-Programm wurde als hilfreich für eine verbindliche Arbeit angesehen.
- In einem 2005 vorgelegten Band (Simon 2005) wurden umfassende „Spurensicherungen“ zu der in der Vergangenheit geleisteten Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen in Sachsen-Anhalt vorgelegt. Rolf Hanselmann hat hierzu die früheren Projektstandorte im Land nochmals aufgesucht und Brauchbares zu einer Berichterstattung zusammengefügt. Karina Püchner und Roland Bartnig zeichneten nachfolgend die Verlaufsgeschichten der beiden in Magdeburg beheimateten Projekte „Rampe“ und „Brunnen“ nach, die in den 90er Jahren in besonderer Weise sowohl als Ort einer pädagogischen Arbeit mit „Härtegruppen“ als

auch als Kristallisationspunkte einer zum Teil hysterisch wirkenden öffentlichen Auseinandersetzung in Erscheinung traten.

Die Projekte wurden ausnahmslos aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) finanziert und zunächst für eine Laufzeit von zunächst drei Jahren in den neuen Bundesländern eingerichtet.¹

Auslöser waren die zu diesem Zeitpunkt exzessiven Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ostdeutschland. Diese Gewalttaten trafen insbesondere Menschen ohne deutschen Pass und hatten gelegentlich Pogromcharakter (Halberstadt, Sangerhausen, Wernigerode) (Hanselmann 2005, S. 15). Erschreckend hierbei war die oftmals stille Duldung durch die Bevölkerung. Nicht selten gab es Zustimmung für das Handeln der sogenannten „rechten Jugendlichen“. Das Wort „Ausländer“ war (ist) spätestens seit dieser Zeit in weiten Teilen der Bevölkerung Ostdeutschlands negativ besetzt. Die zu diesem Zeitpunkt auch auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik wahrnehmbaren rechtsextrem unterlegten Gewalthandlungen wurden zwar im Diskurs, jedoch - mit wenigen Ausnahmen - nicht bei der Ausgestaltung des Programms und der nachfolgenden Mittelverteilung berücksichtigt.

Seit 1992 wurden in Sachsen-Anhalt 16 Projekte über das AgAG gefördert. Die Zahl der Projekte schwankte, da es in der Zeit der Bundesförderung, von 1992 bis 1996, Projekte gab, die nur ein Jahr existierten. Auf der anderen Seite gab es in Folge des 1993 aufgelegten Landesprogramm gegen Gewalt „Späteinsteiger“ (Eisleben und Wernigerode).

Etwa die Hälfte der Projektträger sind/waren Vereine. Bei der Auswahl von Standorten wurden sogenannte Brennpunkte festgelegt. Der sich im Laufe des Programms abzeichnende Bedarf an weiteren Standorten wurde in allen

Bundesländern durch die bereits erwähnten zusätzlichen Landesprogramme abgedeckt. Ab 1995 wurde das Programm unter Zuhilfenahme einer Komplementärfinanzierung von Bund, Ländern und Kommunen fortgeführt.

Der Personalbestand in den Projekten war recht unterschiedlich.

In jedem Projekt war zumindest eine Feststelle förderfähig, die jedoch nicht überall geschaffen wurde. Unterschiedlich gestaltete sich somit die Personalausstattung. Ende 1994 arbeiteten in den AgAG -Projekten Sachsen-Anhalts insgesamt 71 Mitarbeiter (davon 31 Frauen), einschließlich ABM-Kräfte und Zivildienstleistende. Damit hatten diese Projekte, gemessen am Personalbestand herkömmlicher ostdeutscher Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, weit bessere Bedingungen.

Alle AgAG-Projekte wurden von einem Institut wissenschaftlich begleitet und betreut. Für Sachsen-Anhalt war dies das IES (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover), das vor Ort von Dr. Reinhard Koch und Annegret Zacharias vertreten wurde. Sie standen den Projekten fachlich zur Seite. Fragestellungen der Projektinstallation oder der Konzeptentwicklung bis hin zu administrativen Aufgaben konnten so gemeinsam besprochen und beantwortet werden.

Zielgerichtet fanden Weiterbildungen statt. Die Themen reichten von allgemeinen Rechtsfragen der Jugendhilfe, über den „Rechtsrock“, Jugendarbeit mit Skinheads, bis hin zu Seminaren zum Umgang mit Gewalt. Als nicht zu unterschätzen galt hierbei auch der praktische Erfahrungsaustausch unter den Seminarteilnehmern. Dies war insofern wichtig, da es zu diesem Zeitpunkt, 1992/93, in Ostdeutschland keine dem Verfasser bekannte ausgebildete Dipl. Sozialpädagogen/Sozialarbeiter gab, die

¹ Ganz vereinzelt kam es in der zweiten Programmphase auch zu Projektfinanzierungen in Westdeutschland.

noch mit rechts orientierten Jugendlichen arbeiten wollten.²

Allgemein gilt festzuhalten, dass nach dem Auslaufen der Bundesförderung, Ende 1996, kein allgemeines „Projektsterben“ einsetzte. Dies hatte mehrere Ursachen:

- Bereits vor 1995 wurden zahlreiche AgAG-Projekte auch aus Mitteln der Länder und der Kommune mitfinanziert.
- Seit 1993 gab es in Sachsen-Anhalt ein Landesprogramm gegen Gewalt.
- Weitere Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten wurden einbezogen (z.B. ABM).
- Viele AgAG-Projekte wurden über die Jahre zu festen Bestandteilen der örtlichen Jugendhilfestrukturen.
- Die professionelle Sozialarbeit in den Projekten wurde von Jugendhilfeträgern und deren Entscheidungsgremien anerkannt.
- Die Projekte verfügten über ein weit gefächertes Angebot an Streetworkern, Sozialarbeitern, Werkstattmitarbeitern, Verwaltungskräften und einer damit verbundenen Vielfalt an Hilfemöglichkeiten. Oft wurden sie in funktionierende Jugendprojekte integriert, für die keine anderen Fördermöglichkeiten bestanden.

Es lässt sich über alle hier aufgeführten AgAG-Projekte sagen, dass sie sich in den Jahren von 1992 bis 1996 in ihren Regionen etabliert haben. Keines der Projekte ist weggebrochen, mit Wernigerode kam noch ein „Späteinsteiger“ hinzu, der zielgerichtet mit rechtsorientierten Jugendlichen arbeitete, Eisleben tat dies nach eigener Darstellung nur in geringem Umfang. Hier lag der Schwerpunkt auf einer allgemeinen Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen.

Von den hier benannten Projekten arbeiteten in der Zeit bis zum Ende des AgAG drei

Projekte ausschließlich mit rechtsorientierten Jugendlichen. Diese waren in Wernigerode (Treffverbund), Halberstadt (Kontakt e.V.) und Dessau (Haideburg). Hinzu kommen noch in Magdeburg die an anderer Stelle ausführlich beschriebenen Einrichtungen „Rampe“ und „Brunnen“. Die anderen Projekte zählten rechte Jugendliche neben anderen zu ihrer Klientel.

Der vielfältige Druck, welcher auf allen Projekten bzw. deren Trägern lastete, war Mitte der 90er Jahre beträchtlich. Eine Reihe von Gewalttaten fielen in diese Zeit (z.B. die Himmelfahrtskrawalle). Sie führten immer wieder dazu, dass die Sinnhaftigkeit der AgAG-Projekte öffentlich angezweifelt wurde. Sozialarbeiter fanden sich plötzlich im Licht der Öffentlichkeit wieder und sollten ihre Arbeit legitimieren. Sie mussten den Kopf hinhalten für eine Entwicklung die sie weder herbeigeführt noch zu verantworten hatten. Sie wurden mancherorts zu „Prügelknaben“.

Nationale und internationale Printmedien und Fernsehanstalten entwickelten erste Vorläufer von „Big Brother“. Nach dem Motto: Alles darf gezeigt werden, am besten ist es aber, wenn eine „Horde Skinheads“ volltrunken einen China-Imbiss „platt macht“. „Wir sind live dabei!“

Nicht alle Projektmitarbeiter hielten diesem öffentlichen Druck sowie den Schwierigkeiten stand, die sich aus der täglichen Arbeit mit der äußerst schwierigen Klientel ergaben. Früh waren erste Kündigungen zu verzeichnen (Hanselmann 2005, S. 33).

Es war offensichtlich, dass das Aushandeln von Regeln eine wichtige pädagogische Prämisse war. Dies bezog sich zum einen auf die Gestaltung von Arbeitsbeziehungen zwischen Klientel und Sozialarbeiter und zum anderen

² In Sachsen und in Brandenburg arbeiteten einzelne aus Westdeutschland und Westberlin stammende Sozialarbeiter in Projekten mit der Zielgruppe „rechte Jugendliche“. Für Sachsen-Anhalt kann dies zwischen 1992 und 1998 für keines der Projekte nachgewiesen werden.

auf die Basis für die Arbeit allgemein. So wurde meist festgelegt, dass in den Einrichtungen keinerlei Gewalthandlungen stattfinden oder geplant werden. Extremistische Propaganda in den Einrichtungen war untersagt. Die Durchsetzung dieser Regeln gestaltete sich bei diesen niedrighschwelligem Angeboten schwierig, zumal zu berücksichtigen war, dass manche Einrichtungen nur über eine Feststelle verfügten (z.B. Dessau). Der Einsatz von ABM und Honorarkräften war zuweilen kontraproduktiv.

Dennoch lag im ständigen Einfordern der Regeln ein wichtiger pädagogischer Ansatz, der da lautet: „Du bist für dein Tun und Handeln selbst verantwortlich und trägst auch allein dafür die Konsequenzen!“ Was soviel heißt, dass die Jugendlichen lernen sollten, dass Regelverstöße Folgen nach sich zögen, die sie selbst zu verantworten hatten. Dies konnte bis zum Scheitern von Projekten gehen, was vor allem in der Phase wichtig war, in der es darum ging, Räumlichkeiten in Eigenverantwortung zu übernehmen (Wernigerode, Halberstadt).

Statt Spezialprogrammen: Plädoyer für eine stabile Grundversorgung öffentlicher Erziehung

Arbeit mit „rechten Jugendlichen“ weist - entgegen der oftmals in Fachdebatten vertretenen Annahme von der Ende der 80er Jahre erfolgten Neuentwicklung - eine mittlerweile über 30jährige Tradition auf. In den Jahren nach 1967 war die NPD in mehreren Länderparlamenten vertreten - u.a. in Baden-Württemberg mit 9,8%. Die Wählerschaft rekrutierte sich mehrheitlich aus älteren Protestwählern und Altnazis. Allerdings waren bereits damals in Teilen der Arbeiterjugend rechte Orientierungen vertreten. Speziell unter den allorts aufkommenden Rockergruppen war eine rechte Gesinnung weit verbreitet. Und somit hatte

die offene Jugendarbeit, welche ab Ende der 60er Jahre eine starke Zunahme an Projekten verzeichnete, schon damals mit „rechten Cliques“ und „Rechts-Rockern“ zu tun. In der Praxis der 70er und der frühen 80er Jahre war diese Arbeit nie strittig, leistete neben gelegentlichen Misserfolgen in der Regel recht ordentliche Entwicklungsbeiträge³, wobei hinzugefügt werden muß, daß allein aus zwei Gründen wesentlich günstigere Rahmenbedingungen geherrscht haben. Zum einen hatte die heute in der offenen Jugendarbeit übliche hohe Fluktuation des Personals noch nicht eingesetzt. Es war also möglich, die Jugendlichen über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg zu begleiten. Zum anderen konnte Jugendarbeit sich deutlicher als heute als Begleitung eines Statusübergangs verstehen. Den Jugendlichen gelang trotz ihrer sozialen Auffälligkeiten in der Regel ein erfolgreicher Eintritt in das Berufsleben. Das „Schockerlebnis Jugendarbeitslosigkeit“ trat in der alten Bundesrepublik erstmals zu Beginn der 80er Jahre auf.

In der von da an in unregelmäßigen Abständen immer wieder neu aufflackernden Debatte um richtige und falsche Antworten der Pädagogik auf Jugendgewalt und jugendlichen Rechtsextremismus wurde in unterschiedlicher Heftigkeit der Anwurf an die Soziale Arbeit herangezogen, sie habe versagt, ja sie habe sogar zum Erstarken des Phänomens beigetragen, indem sie das Entstehen logistischer Basen und „national befreiter Zonen“ trotz gegenläufiger Absichten letztendlich noch befördert habe.⁴ Ich plädiere unverändert dafür, dass von der **Jugendarbeit mit „rechten und/oder aggressiven Jugendlichen“** zurückgekehrt wird zu **angemessenen Formen kommunaler Jugendarbeit**, die primär Grundversorgung gewährleisten.

Dies bedeutet die Bereitstellung krisenfest in-

³ Altersbedingt ist es mir mittlerweile möglich, die Entwicklung der Angehörigen zweier Gruppen nachzuzeichnen, mit denen meine Kollegen und ich in den 70er Jahren eine Gruppenarbeit mit „rechten und gewaltbereiten Jugendlichen“ praktiziert haben, die sich damals „Rocker“ nannten. Die Gruppenmitglieder sind, sofern sie nicht zwischenzeitlich in Folge von Motorradunfällen verstorben sind, längst in den Bedingungen (klein) bürgerlicher Normalität angekommen.

⁴ Derartige Diskurse sind in der alten Bundesrepublik schon deshalb nicht möglich, da sich die Besucherschaft der westdeutschen Jugendfreizeitstätten meist multi-ethnisch zusammensetzt und in vielen Einrichtungen nichtdeutsche Jugendliche zahlenmäßig dominieren. Auf die daraus resultierenden hohen, aber eben „anderen“ Anforderungen an Jugendarbeit kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

stallierter wohngebiets- und stadtteilbezogener Angebote, die das entscheidende Medium in angemessener Weise gewährleisten können: die Herstellung von tragfähigen Kontakten unter Jugendlichen, zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, zwischen Jugendlichen und Sozialarbeitern.

Ich rate der Arbeit mit so genannten „rechten Jugendlichen“ immer zu, wenn die Angebote eine zeitliche Kontinuität besitzen, ich rate zunehmend häufiger ab, wenn mit einer hohen Frequenz von Beziehungsaufbau und Beziehungsabbrüchen zu rechnen ist und wenn die MitarbeiterInnen sich in der Ausgestaltung des Alltags nicht erfolgreich gegen die rechten Besuchercliquen oder gegen Agitatoren von Außen behaupten können.

Auf kommunaler Ebene muß ein neuer Aushandlungsprozess beginnen, gemäß dem Prinzip: „Du, Jugendarbeit, übernimmst einen erzieherischen Teil der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die sich ‚Schaffung demokratischer und toleranter Lebensverhältnisse im Gemeinwesen‘ nennt. Wir, die Verwaltung, die kommunale Gesellschaft, stehen gleichfalls in Verantwortung und bitten Dich – Jugendarbeit – in Deiner Rolle als Frühwarnsystem um Rückmeldungen von Problemen und Vorgängen, die Du nicht alleine bewältigen kannst.“ Im Vorfeld ist erst einmal zu klären, mit welchen Zielgruppen Jugendarbeit zu tun haben soll. Der Begriff von den „rechten Jugendlichen“ ist vielschichtig. Es kann sich handeln um:

- rechtsorientierte Jugendliche in „alltäglichen Lebenszusammenhängen“ ohne politische Einbindung und ohne überdurchschnittliche Gewaltorientierung und ohne ausgeprägte soziale Auffälligkeiten,
- rechtsorientierte Jugendliche außerhalb politischer Strukturen mit sozialen Schwierigkeiten, aber ohne auffällige Gewaltori-

entierungen,

- rechtsorientierte Jugendliche außerhalb politischer Strukturen mit sozialen Auffälligkeiten und einer höheren Gewaltbereitschaft,
- rechtsextreme/rechtsradikale Jugendliche in klassischen Jugendorganisationen der „alten Rechten“ (z.B. Junge Republikaner, rechten Jugendverbänden, vormals auch JN),
- rechtsextreme Jugendliche in klassischen Jugendkulturen (Hooligans, Skinheads) mit ausgeprägter Gewaltbereitschaft,
- rechtsextreme/rechtsradikale Jugendliche mit hoher Gewaltbereitschaft und Zugang zu „Brückenorganisationen“: „Autonome Kameradschaften“, JN in ihrer „neuen“ Funktion,
- rechtsradikale Jugendliche in extrem gewaltbereiten und ausgeprägt rassistischen Subkulturen: „White Power“, „Blood & Honour“ (mittlerweile verboten), Hammerskin-Bewegung, Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS, nationalsozialistische Klein- und Kleinstgruppen,
- rechtsradikale Terrorgruppen,
- „intellektuelle“ und „akademische“ Zirkel: Leserkreise der „Jungen Freiheit“, Hochschulgruppen von NPD und Republikanern, völkische Studentenverbindungen, nationalrevolutionäre Kreise, in geringem Umfang auch Schülergruppen und örtliche Gruppierungen, Diskussionszirkel.
- Gelegentlich stoßen JugendarbeiterInnen auch auf neue Formen des „Crossover“: völkisch, gelegentlich auch offen rassistisch ausgerichtete Jugendliche in Jugendkulturen, die an sich als nicht-rassistisch firmieren, gehäuft im Gothic, gelegentlich auch im Hip-Hop, dessen Macho-Attitüde Anknüpfungspunkte für einen männlichen Chauvinismus und dessen Übersteigerung

gen herstellt.

Eine in dem angesprochenen Sinne den fachlichen Standards entsprechende Jugendarbeit kann noch relativ viele Akteure aus den genannten Zielgruppen erreichen. Die Grenze kann erst einmal da gezogen werden, wo Jugendliche und junge Erwachsene in feste Strukturen des organisierten Rechtsextremismus eingebunden werden konnten.

Aber auch an dieser problembesetzten Schnittstelle rate ich keineswegs zu dogmatischen Entscheidungen. Wichtig ist eine sachgerechte Klärung im Einzelfall.

Ich habe bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß eine sinnvolle Arbeit mit „rechten/gewaltverstrickten“ Jugendlichen folgende Faktoren berücksichtigen muss:

- die Gruppe selbst mit ihren Handlungsformen und Auffälligkeiten,
- der örtliche Kontext mit seinen auf Gewaltverhalten fördernden bzw. hemmenden Einflussgrößen,
- der Projektrahmen und die Projektorganisation und
- die Persönlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Erst eine fachlich präzise, selbstbewusste und auch angstfreie Analyse dieser Gemengelage kann eine für das einzelne Projekt sinnvolle Entscheidungsgrundlage darstellen. Dazu einige Verdeutlichungen:

- Wo rechter Mainstream dominiert, wo das Gemeinwesen nicht mehr konfliktfähig ist, verkommt Jugendarbeit oftmals zu einer reinen Treffpunktfunktion für junge Rechte.
- Wo Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen eine unterstützende Struktur im Ort antreffen, können Grenzen sehr wohl weiter gesteckt werden.
- Die unterschiedlichen Sozialarbeiterper-

sönlichkeiten führen zu unterschiedlichen Grenzziehungen dessen, was bedrohlich wirkt. Wichtig ist immer eine Profilierung der Projekte in der Weise, dass Kollegen und Kolleginnen in gesicherten und angstfreien Kontexten arbeiten können. Es macht also einen fundamentalen Unterschied aus, ob ein Jugendhaus oder -club eine Milieubindung sowie Umfeld- und Besucherstrukturen aufweist, die auch das Auftreten von „Kameradschaftsangehörigen“ oder NPD-Kadern als beherrschbaren, jederzeit kontrollierbaren Sachverhalt erscheinen lassen, oder ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den im Nahraum ausgeübten Druck („wir wissen, auf welche Schule deine Tochter geht“) die „Lufthoheit“, sprich die Gestaltungskompetenz in einer Einrichtung längst verloren haben.⁵

Notwendig ist dabei eine fortgesetzte unvoreingenommene Auseinandersetzung um bedarfsgerechte Formen kommunaler Jugendarbeit, sowie deren Weiterentwicklungen. Erst wenn diese Grundversorgung angemessen entwickelt und gesichert ist, stellt sich die Frage nach spezialisierten Angeboten, etwa in Form von sozialen Trainingskursen, Anti-Aggressions- und Antirassismustraining, der Ausweitung des Instruments des Täter-Opfer-Ausgleichs oder einer aufsuchenden Arbeit im Sinne der Hinwendung zu besonderen Ziel- oder Problemgruppen. Erst im Rahmen dieser weitergehenden Spezialisierungen haben auch sogenannte „Aussteigerprogramme“ ihren Platz, deren Besonderheit eng umrissen darin zu liegen hat, dass sie Personen schützen, die bei einem Ausstieg aus den Kaderorganisationen besonderen Gefährdungen unterworfen sind.

Neben allen pädagogischen Bemühungen gehört zu einem wirkungsvollen Gesamtkonzept

⁵ Derartige Szenarien, vorgetragen von verzweifelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern habe ich im Rahmen von Fortbildungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern häufig angetroffen. Sind derartige Entwicklungen eingetreten, kann es durchaus geboten sein, Einrichtungen der Jugendarbeit zu schließen, wenn es dem Schutz der MitarbeiterInnen und zur Implementierung eines anderen Interaktionsrahmens dient. Hier haben wir in der Praxisberatung oftmals Situationen vorgefunden, in denen die Hauptamtlichen aus Sorge um ihren Arbeitsplatz nicht frühzeitig auf ihre Ängste und Schwierigkeiten hingewiesen haben.

auch die angemessene Verfolgung und Ahndung von Straftaten. Anders als bei Sexualstraftätern wird bei rechtsextremistischen Intensivtätern noch viel zu wenig darüber nachgedacht, diese in Sicherheitsverwahrung zu nehmen, wenn die Täter auch nach mehreren Verurteilungen noch immer eine Gefahr für Ausländer und andere Opfergruppen darstellen.

Quellen:

R. Hanselmann, *Skizzen zu den Verläufen der AgAG-Projekte in Sachsen-Anhalt*, in: T. Simon (Hrsg.), *Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen – abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt*, Magdeburg 2005

T. Simon, *Netzwerkarbeit. Voraussetzung zur Förderung der Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten*, in: *Neue Praxis*, Heft 2/2004

T. Simon (Hrsg.), *Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen – abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt*, Magdeburg 2005

T. Simon, *Kommunale Jugendhilfeplanung, 6. überarbeitete Auflage*, Wiesbaden 2007

T. Simon/R. Hanselmann, *Spurensuche. Was von den Projekten des AgAG-Programms in Sachsen-Anhalt übrig geblieben ist*, in: H. Lynen von Berg/R. Roth (Hrsg.), *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet*, Opladen 2003

R. Roth, *Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Bonn 2003

Für den aktuellen Diskurs wichtige „alte Fundstücke“:

F.J. Krafeld, (Hrsg.), *Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen*, Bremen 1992

J. Kraußlach, *Straßensozialarbeit in der Bundesrepublik, Bände 1 und 2*, Frankfurt/M. 1978

J. Kraußlach, *Aggression im Jugendhaus. Konfliktorientierte Pädagogik in der Jugendsozialarbeit*, Wuppertal 1981

J. Kraußlach, F. Dürwer, G. Fellberg, *Aggressive Jugendliche. Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast*, München, 1976, 1980

G. Paul, *Zur Sozialpsychologie des jugendlichen Rechtsextremismus*, in: G. Paul/B. Schoßig (Hrsg.), *Jugend und Neonazismus*, Frankfurt/M. 1979

T. Simon, *Rocker in der Bundesrepublik*, Weinheim und München 1989

Prof. Dr. Eckart Osborg ■

Jurist, Supervisor

*rechtswissenschaftliche Promotion 1972, Lehrsupervisor (DGSv), Professur am Fachbereich Sozialpädagogik
der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg seit 1981,*

Lehrgebiete:

*Familien- und Jugendhilferecht, Jugendrecht, Gesprächsführung, Krisenintervention, Diagnostik von und
Umgang mit Gewalt, sozialpädagogische Handlungskonzepte für die Präventionsarbeit mit rechtsorientierten
Jugendlichen*

Mit rechts orientierten Jugendlichen argumentieren – „Geht nicht“? Die subversive Verunsicherungspädagogik

Prof. Dr. Eckart Osborg

■ Es ist keineswegs in der sozialpädagogischen Literatur allgemein anerkannt, dass die Auseinandersetzung mit rechtsorientierten - oder schon „rechten“? (wo verläuft die Grenze?) Jugendlichen auch über ihre Ideologie, sei es in Form rechter Sprüche oder schon in aufgeschnappten oder angelesenen oder auch schon durch Schulungen abgestützten Argumentationen, Bestandteil der sozialpädagogischen Arbeit ist.

Rechte Jugendliche – gewöhnliche Kriminelle oder politisch motivierte Täter ?

Persönlichkeitsmerkmale wie die Tatsache, dass viele Jugendliche offenkundig nur Bruchstücke nationalsozialistischer Ideologie aufgeschnappt haben und sie ihre Ansichten häufig nicht rational argumentativ vertreten können, haben dazu geführt, dass viele Autoren den Taten dieser Jugendlichen das Politische absprechen wollen, was zu der Konsequenz führt, dass man sich (verständnisvoll?) mit ihren Motiven, ihren Problemen befassen müsse.

Psychosoziale Ursachen (z.B. „schlimme Kindheit“, mangelnde Versorgung und Zuwendung, zu knappe materielle Ressourcen, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit) dürfen aber nicht dazu verwandt werden, das Geschehen als ein nicht Politisches zu betrachten. Politisch werden persönlich-biographische Motive dann, wenn hieraus Vorstellungen über einen

zunächst subjektiv wünschenswerten Zustand einer Gesellschaft und dazugehöriger staatlicher Institutionen erwachsen und diese in die Öffentlichkeit transportiert werden, in der Absicht, sie durchzusetzen. Insofern gehört auch der Wille zu Machtentfaltung (durch Diskussion/Propaganda, Organisation, Gewalt) zum genuin Politischen (über Hitlers psychopathische Persönlichkeit, wie über die psychologischen und massenpsychologischen Voraussetzungen und Wirkungen des Nationalsozialismus gibt es viele Untersuchungen¹, niemand bestreitet deshalb, dass es eine verbrecherische Politik war). Es besteht deshalb der Verdacht, dass es auch um die Rationalisierung eigener Ängste und Inkompetenzen gehen könnte. Häufig berichten SozialarbeiterInnen/-pädagogInnen von (unvorbereiteten) Diskussionsversuchen, bei denen sie „den Kürzeren“ gezogen hatten, sich in der Diskussion unterlegen fühlten. Die Ursachen hierfür gilt es genauer zu untersuchen.

Die Bedeutung der nationalsozialistischen Ideologie

Ganz offenbar strahlt die nationalsozialistische Ideologie für viele Jugendliche eine Faszination aus. Dies dürfen wir nicht verleugnen, auch wenn sie uns abstößt. Vielmehr haben wir die Gründe hierfür nüchtern zu analysieren. Einmal bietet sie für ein nicht-rationales Verhalten hervorragende Rationalisierungen:

¹ z.B. Helm Stierlin, Adolf Hitler, Frankfurt/Main 1995

Sie kritisiert die Dominanz rationaler Prinzipien, betont umgekehrt, dass endlich „Gefühle“ Geltung beanspruchen dürfen, offeriert hierfür ein entsprechendes legitimierendes Verständnis. Sie bietet Mythen an, „reaktiviert“ germanische Gottheiten oder erfindet neue (Hitlers „Vorsehung“) etc.

Die Faszination nationalsozialistischer Ideologie hat bei näherer psychologischer Untersuchung verschiedene Ursachen. Sie bietet:

- konkrete Feinde, auf die sich lebensgeschichtlich aufgestaute Gefühle von vernichtendem Hass, Wut und Rache lenken lassen;
- eine eigene „Moral“ und ein eigenes Rechtsbewusstsein, das von den allgemein in unserer Gesellschaft und Kultur anerkannten menschlichen Grundwerten abgekoppelt ist und ihnen erlaubt, was allen verboten ist, nämlich diese Gefühle in Gewalthandlungen auszuleben, ihren Hass abzuführen. Dabei können sie in rauschähnliche Zustände geraten, die sie später zu wiederholen trachten;
- die Rechtfertigung von Gewalt. Die Täter bekommen so keinerlei Schuldgefühle (Gewissensbisse), im Gegenteil, sie haben in einem Prozess der „Umwertung aller Werte“ vor sich selbst und ihrer Gruppe etwas sozial Wertvolles vollbracht. Resultat ist, dass der für schwer gestörte und dissoziale Jugendliche kennzeichnende geringe innere Leidensdruck für ihre Taten ganz verschwindet. Die aus gestörten Sozialisationsprozessen herrührenden dissozialen inneren Haltungen, denen sonst soziale Ächtung droht, erscheinen ihnen nun nicht mehr als ein Problem, welches sie lebensgeschichtlich bewältigen müssen, sondern als positive Haltung, als „Lösung“ des (politischen/sozialen) Problems. Die Täter stilisieren sich zum „Opfer“ um, wenn sie

dabei von staatlicher Repression getroffen werden;

- eine Kompensation der starken Selbstwertprobleme: Die Identifizierung „als Deutscher“ in Form eines kollektiven Überlegenheitsgefühls durch die Abwertung anderer Völker oder ethnischen Gruppen verschafft ihnen einen Selbstwertersatz, durch bloße Zugehörigkeit.

Die Zugehörigkeit zu solchen Gruppen bietet weitere „Gewinne“, die in der Diskussion der Ursachen bereits ihren Niederschlag gefunden haben:

- „Nestwärme“, sich angenommen und zugehörig fühlen zu können, voll füreinander einzustehen, insbesondere seine eigene Gesundheit einzusetzen, wenn andere Gruppenmitglieder angegriffen werden („Kameradschaft“), einhergehend mit einem Narzissmus des Körpers und eines aggressiven „Angeturnt-Seins“, das sie vor depressiven „Durchhängern“ schützt, ferner durch die Gruppe sich wesentlich stärker zu fühlen, Macht ausüben zu können („mit jedem fertig zu werden...“), eine Karriere ohne Leistungen machen zu können, die Lust an Verbotenem, Provokationsmöglichkeiten etc.;
- eine bestimmte „Sinnggebung“, die Idealisierung alles Deutschen, des Führers oder anderer Funktionäre des 3. Reiches etc. Die Sinnggebung liegt für das Individuum darin, dass die eigene für nichtig befundene Existenz einen Sinn darin erhält, für ein (idealisiertes) grösseres Ganzes zu leben (z.B. „für Deutschland kämpfen – für Deutschland sterben“). Zugleich gelingt eine psychologische Teilhabe an Macht und Grösse. Auch die Vorstellung der Rechten, dass sie heroisch die undankbare Aufgabe übernehmen, Ordnungsaufgaben zu erfüllen („Ausländer raus“), die von der

Gesellschaft ersehnt, vom Staat aber vernachlässigt würden, verschafft ein Gefühl von Bedeutung und Sinn.

- eine Weltanschauung. Die nationalsozialistische Ideologie will Weltanschauung sein, also eine umfassende Erklärung des Geschehens auf der Welt bieten. Neben den Angeboten zur Sinngebung und „selbstgemachte“ Gottheiten („Vorsehung“, germanische Götter) fördert sie sowohl eine Überhöhung des eigenen politischen Denkens (i. S. einer religiösen Weihe) wie subjektive Gewissheiten, die sonst nur Sekten zu bieten haben. Psychodynamisch kommt weiter hinzu, dass rechtsradikale Skins von „ausen“ nichts annehmen können. Autarkie ist ein angestrebter Überlebensmodus dieser Jugendlichen².
- Die Nazi-Ideologie bietet darüber hinaus Ursachenerklärungen für geschichtliche Prozesse und „Orientierung“ durch ein einfaches Weltbild. Hierzu gehören sehr vereinfachte Zusammenhangsmuster, die für alle Probleme eine simple Erklärung bieten und damit die Unübersichtlichkeit und Komplexität des politischen und wirtschaftlichen Geschehens „beseitigen“ (Stichwort „Globalisierung“), und die die Realität bestimmenden anonymen und unsichtbaren wirtschaftlichen und sozialen Gesetze (Markt, Ökonomie) durch eine Personifizierung und Ethnisierung ersetzen³ und damit zugleich auch die „Schuldfrage“ für die Übel der Welt „beantworten“ („das internationale Judentum und der Bolschewismus“). Es wirkt auf deren Anhänger in sich geschlossen, was für gefährdete (Ich-schwache) Jugendliche eine zusätzliche Quelle der Faszination darstellt. Primär gefühlsgesteuerte, Gewalt anwendende rechte Skins und andere Rechtsradikale haben in aller Regel geistige An- und

Wortführer, „belesene“ Skins oder „nur“ politisch aktive Neo-Nazis (Schreibtischtäter), dies meist Leute mit Abitur, zu denen Skins aufschauen. Den ideologischen Anführern argumentativ unterlegene Sozialarbeiter verstärken ungewollt die falsche Vorstellung der übrigen Gruppenmitglieder von der Überlegenheit der nazistischen Ideologie.

Die politische Dimension

Mit der Ausklammerung der inneren Affinität der gefährdeten Jugendlichen zu Elementen nationalsozialistischer Ideologie in der sozialpädagogischen Arbeit werden diese in ihrer Suche auch nach politischer Identität allein gelassen. Auf eine bloße Gewaltprävention abzustellen und dabei die politischen Überzeugungen der rechtsradikalen Jugendlichen unbeachtet zu lassen, kann schon deshalb nicht erfolgreich sein, weil Gewaltanwendung bei der Durchsetzung der eigenen politischen Ziele ein konstituierendes Element der Nazi-Ideologie darstellt. Auch geht die verbreitete Vorstellung fehl, die Jugendlichen seien unpolitisch, da sie aus „dem Bauch heraus“ handeln, ihre Ideologie sei nur nachgeplappert, oder sie seien „gewöhnliche Kriminelle“.

Politisch werden persönlich-biographische Motive, wenn die eigenen subjektiven Vorstellungen über eine Gesellschaft und staatliche Institutionen in die Öffentlichkeit transportiert werden, in der Absicht, diese durchzusetzen (Wille zur Machtentfaltung durch Propaganda, Organisation und Gewalt).

Rechtsradikales Gedankengut und dessen emotionale Bedeutung müssen daher ein zentraler Gesprächs- und Diskussionsstoff von Jugendarbeit sein. Es reicht nicht, ihnen sport- und erlebnispädagogische Angebote zu machen, ihnen bei der Bewältigung aktueller Krisen (z.B. Arbeits- oder Wohnungsverlust,

² siehe dazu Menschik-Bendele/Ottomeyer, u.a., aaO.1998, S. 41 ff, 55/56

³ Lempa, Der Lärm der Ungewollten, Göttingen, 2001., S. 86

Konflikte im Elternhaus oder mit der Partnerin, Unterstützung in Verfahren vor dem Jugendgericht) hilfreich zur Seite zu stehen, in der Hoffnung, dass sich die Jugendlichen durch so geförderte Beziehungen aus der rechten Szene heraus lösen. Diese „klassischen“ Angebote der Freizeitarbeit sind wichtig für die Beziehungsaufnahme, die Entwicklung alternativer Konfliktbewältigungs- und befriedigender Lebensperspektiven ausserhalb der rechten Szene und ohne die Droge Gewalt, die Stützung der Jugendlichen, wenn sie sich von ihren rechtsradikalen Freunden lösen und distanzieren wollen. Aber hierzu müssen sie erst gebracht werden, indem die aus der Nazi-Ideologie resultierenden Versprechen und Gewinne in Frage gestellt werden. Die politische Ideologie sollte aktiv zum Gegenstand von Gesprächen und Diskussionen gemacht und die Auseinandersetzung gesucht werden. Hierfür gilt auch das schon erwähnte Prinzip, „den Klienten da abzuholen, wo er steht“. Das bedeutet z. B. das Anschauen von Kriegs- und anderen Propagandafilmen, die die Jugendlichen sehen, das Studieren ihrer Fanzines, ihrer Lieder und sonstigen Publikationen, um sie darauf ansprechen zu können. Es gilt, je nach dem, was gerade in der Gruppe aktuell ist und nach ihrer ideologischen Orientierung, ihrem Ideologiemix, den richtigen „Cocktail“ zu mixen⁴ und sich auf ihre Symbolik einzulassen. Damit ist es aber leider nicht getan, es wartet dann eine weitere spezifische Schwierigkeit, die sog. Unerreichbarkeit der Jugendlichen:

- Die gewohnte pädagogische „Aufklärung“ versagt, da Skins und Neo-Nazis – und in ihrem Gefolge Jugendliche, die bereits Kontakt zur rechten Szene haben - das anerkannte moralische Bezugssystem und den gesellschaftlichen Grundkonsens „Du sollst nicht töten“ nicht teilen. Das macht Pädagogen argumentativ hilflos. Skins

und Neonazis sind oft nicht aus Unkenntnis historischer Tatsachen „rechts“; rechtsradikale Jugendliche finden – wenn sie es nicht leugnen – richtig, dass Millionen Juden vergast wurden und sind von KZ-Besuchen weder berührt, noch sonst emotional betroffen.

- Diese Jugendlichen sind häufig nicht an Wahrheit interessiert, wenn sie den emotionalen Bedürfnissen entgegen steht (es soll nicht wahr sein).
- Sie verfügen über eine tendenziell paranoide Grundeinstellung. Die Welt wird in ein Freund/Feindschema unterteilt. Nur Gleichgesinnte sind Freunde, eine dritte Position gibt es nicht). Hierzu gehört, dass das Gute, Wahre, Richtige sich nur bei einem selbst oder in der eigenen Gruppe befindet, das Falsche, das Böse aus der eigenen Sicht immer in der Aussenwelt. Geistige Nahrung von Anderen wird daher als „vergiftet“ misstrauisch abgelehnt.
- Sie suchen auf Grund ihrer Ich-Schwäche und Identitätssuche eine glaubensmäßige Gewissheit, die keinen Zweifel zulässt. Mit ihr wird je nach Integrationsgrad in die rechte Szene die Richtigkeit des eigenen Denkens „abgesichert“.

Die Verunsicherungspädagogik

Um Missverständnisse zu vermeiden: diese Verunsicherungspädagogik als „Präventionsmassnahme“ darf auf keinen Fall isoliert, also ohne die bekannten und bewährten Prinzipien sozialpädagogischer Arbeit des Grenzen-Setzens in einer haltgebenden und die Persönlichkeit, den Wert und die Würde des Jugendlichen achtenden Grundbeziehung eingesetzt werden, aus der heraus ihm auch Unterstützung in persönlichen Krisensituationen zuteil wird. Desweiteren wird es darauf ankommen, die sonst in der rechten Szene bedienten emotionalen

⁴ siehe dazu Bernd Wagner, in: Kalb/Petry/Sitte (Hg.), Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim/Basel 1999, S.124

Grundbedürfnisse nach Solidarität, Sicherheit und Anerkennung zu befriedigen.

Ziele der Verunsicherungspädagogik sind:

- die „Zerbröselung“ der politischen Rechtfertigungsideologie und langfristig die Rücknahme der eigenen Aggressionen auf die zu Feinden stilisierten Personengruppen (Ausländer, Juden, Behinderte, Obdachlose („Assis“), „linke Zecken“ etc.);
- dass der Jugendliche, seine Selbstgewissheit verliert (wieder Zweifel zulassen kann) und so wieder lernfähig wird, also die (Wieder)Öffnung für Auseinandersetzung, die personale Beziehungen erst ermöglicht und damit den pubertären Ablösungsprozess in Gang setzt. So kann der Jugendliche auch seine eigenen Rationalisierungen durchschauen und auf die Hintergründe seiner Einstellung stossen, so dass er selbst „so nicht mehr sein will“; Je nach individueller Bereitschaft und Fähigkeit kann er in dieser Auseinandersetzung auch die Quellen der eigenen Aggression erkennen.

Methodisches Ziel ist die Selbstoffenbarung des Denkens und Fühlens, das sich nicht mehr nur im Inneren des Jugendlichen abspielen, sondern mit Hilfe eines speziellen Vorgehens in den Diskurs mit den Pädagogen einbezogen werden soll.

Als selbstverständlich wird ein eigenes gelebtes Grundverständnis vorausgesetzt, die Würde anderer Menschen – auch die der rechten Jugendlichen – zu achten und auch sonst auf dem Boden unserer Verfassung zu stehen und danach zu handeln.

Die Methode

Zur methodischen Arbeit der Verunsicherungs- und Konfrontationspädagogik gehört ein verändertes Rollenverständnis. Die von den Ju-

gendlichen favorisierten Ideologeme sollten ernst genommen werden als Ausdruck eines Versuchs, die Welt und ihre Situation darin zu verstehen, ihr Leben bewältigen zu wollen, eine Lösung für ihre persönlichen Probleme zu finden. Das hat Konsequenzen für die Art, den Jugendlichen zu begegnen.

Das Rollenverständnis beinhaltet:

- nicht überzeugen wollen und nicht moralisierend argumentieren – darauf sind diese Jugendlichen „eingeschossen“. Die Jugendlichen haben zunächst von sich aus keinen Grund, ihre politische Weltanschauung (und damit ihren untauglichen Selbstheilungsversuch) in Frage zu stellen. Versuche, die Jugendlichen von ihrer Ideologie abzubringen, führen nur zu einer Kampfbeziehung, in der der Jugendliche immer Gewinner bleibt. Ziel sollte vielmehr sein, dass der Jugendliche sich selbst oder die Jugendlichen sich untereinander in Frage stellen;
- eine neugierig-neutrale Grundhaltung in dem Diskurs einnehmen (nicht zu verwechseln mit Gleichgültigkeit, mit dem Verbergen der eigenen Ansichten und Werthaltungen und deren Begründungen). Wir wollen wissen, was und warum der Jugendliche so denkt, wie er denkt. Dabei ist anzustreben, sich von einem moralischen Tabubruch (z.B. „es ist doch richtig, dass die Juden umgebracht worden“) nicht schocken zu lassen oder sich empört abzuwenden, sondern nüchtern darauf hinzuweisen, dass in keiner Kultur, in keinem zivilisierten Land Mord erlaubt ist.

Methodische Merkmale der Verunsicherungspädagogik:

- Hauptbestandteil des Diskurses ist zunächst die Frage. Fragen führen dazu, sich ernst genommen zu fühlen. Dabei gilt es für die

SozialpädagogInnen auch, die Macht von Fragen wieder zu entdecken („Columbo-Pädagogik“ - Verunsichern durch Fragen stellen). Ziel ist die Selbstoffenbarung. Insistierende Fragen sind pädagogisch zulässig und einzusetzen. Gelegentlich sollten sie penetrant aufrecht erhalten werden durch Fragen stellen, „Warum?“, „Das habe ich noch nicht verstanden“, „Wie passt dies mit jenem zusammen?“, „Erkläre mir das mal genauer!“

Die Jugendlichen sollen ihre Position erklären. Hieran sind wir ernsthaft interessiert. Mit diesen Fragen werden die Jugendlichen zugleich dazu gebracht, ihre widersprüchliche Ideologie offen zu legen. Mit diesen Widersprüchen konfrontieren wir sie.

Auch gilt es, die mitschwingenden Gefühle an- und auszusprechen, ihre Bedeutung für die Argumentation zu offenbaren. Besonders wichtig ist die Frage nach dem persönlichen Motivationshintergrund „Warum ist Dir das so wichtig?“. Hierüber gewinnen wir Einblick in die Situationsdeutung des Jugendlichen und wie er sich in ihr sieht. Auch können familiäre Hintergründe sichtbar werden.

Sich dabei nicht von den eigenen Fragen abbringen lassen! „Du hast mir immer noch nicht auf meine Frage geantwortet.“

- Es ist möglichst vom moralischen Bezugssystem der Klienten (seinem „Über-Ich“) auszugehen. Ausgangspunkt ist ihr eigenes Wertesystem. Verbrechen an ausländischen Mitbürgern sind für sie keine. Daher argumentieren wir z.B. an der (auch richtigen) impliziten These entlang, dass das nationalsozialistische System und der von Hitler geführte Krieg sich gegen das deutsche Volk gerichtet hat. Wir nutzen damit ihre eigenen Ich-Ideale, um den Nationalsozialismus zu entidealisieren⁵. Oder taktisch:

„Als Deutscher willst Du doch....“ (von anderen (rechten) Autoritäten ausgehen), um zu verunsichern). Bei drohender Aggression gegen Frauen oder Mädchen: „Du wirst doch als Deutscher keine Frau schlagen...“ oder „Die große Mehrheit der Bevölkerung will...“ Hier wird „das Volk“ als höchste Autorität so angesprochen, wie es die Rechten vorgeben zu verstehen.

Ein weiteres methodisches Vorgehen besteht darin, die vorgebrachten Argumente aus der Abstraktion in die konkrete Vorstellung zu holen: „Wie soll das gehen?“ und in allen Konsequenzen auszumalen. Am Beispiel: <Deutschland soll aus der EU austreten und Zollschranken errichten> Wie soll das gehen? Gibt es dafür eine Mehrheit in der Bevölkerung? Was sind die wirtschaftlichen Folgen für ein Exportland, denn andere Länder würden dann ihrerseits gegen deutsche Waren Zölle verhängen....

Ganz genau hinhören und die wirkliche Bedeutung des Gesagten verdeutlichen: z.B. <Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg> „Wie machen die das, gehen die durchs Werktor und schubsen die deutschen Arbeiter vom Fließband?“ – In der Argumentation der Rechten verbirgt sich die Tatsache, dass der Unternehmer nach seinen Gesichtspunkten sein Personal aussucht. Gegen seine unternehmerischen Entscheidungen richtet sich - verdeckt – auch die Aggressivität der Rechten. Dabei steht im NPD-Programm, dass die unternehmerische Freiheit gewahrt bleibt.

Wir gehen auch auf die „Meta-Ebene“ und legen die implizite Argumentationslogik und/oder Argumentationsstrategie offen. Z.B. gehört es zu beliebten Diskussionsstrategien rechter Jugendlicher, immer neue Themen anzuschneiden (vom „Hölzchen aufs Stöckchen“ kommen), einen mit Themen zu überschwem-

⁵ Menschik-Bendele/
Ottomeyer, u.a.,
aaO.1998, S. 42

men. Dies decken wir auf, listen die berührten Themen auf und bestehen darauf, sie nacheinander abzuarbeiten.

Ein weiteres zentrales Element ist die Thematisierung der Beziehung. Sie beginnt mit dem Erfassen der augenblicklichen Beziehungssituation: „Was macht Dich so wütend, wenn ich zurückfrage, warum...“ „Wieso sind Deine Gedanken/Gefühle wichtiger als meine...?“

Dabei kann man einen permanenten Ebenenwechsel praktizieren: von der Sachebene zur Beziehungsebene und umgekehrt, um mit den beiden Ebenen in der Diskussion zu spielen, ob nämlich gemeint ist, was gesagt wurde, oder wie es gesagt wurde. Die Jugendlichen sollen in diesen Augenblicken nicht wissen, woran sie sind.

Natürlich sollten die Rationalisierungen für Gewalt in Frage gestellt werden. Wenn die Mordlust während des Absingens von Hetzliedern *wahrnehmbar* ist, muss diese angesprochen werden. Das ermöglicht ein Aufdecken der konkreten Funktion der Ideologie und deren Faszination zur Rechtfertigung der eigenen Lust zu töten, am besten wiederum in Frageform. („Sag mal, kann es sein, dass Du die Vorstellung hast, die Ausländer hätten hier nichts zu suchen, und das deshalb übernimmst, damit Du einen Grund hast, zuzuschlagen?“). Auch sonst ist es sinnvoll, die emotionalen Gewinne zu analysieren und die Jugendlichen mit ihnen zu konfrontieren. Wir setzen möglichst bildliches Dokumentationsmaterial als sinnlich erfahrbare Diskussionsebene gegen die Gefühlsabwehr ein.⁶

Bewährt hat sich ferner die Ironisierung („schmunzelnd“ nicht verächtlich): „Du redest so, als ob Du die Weisheit mit Löffeln gefres-

sen hast“. Paradoxe Interventionen verwenden, keine „erwarteten“ Antworten geben, das hat immer einen verunsichernden Aspekt.

Beim Einsatz aller methodischer Möglichkeiten ist die konkrete Situation zu beachten und die Angemessenheit im Auge zu behalten. Aber dies ist eine pädagogische Binsenweisheit. Und bei Gewaltvorstellungen werden die Jugendlichen auch immer wieder mit den Grenzen konfrontiert, die Polizei und Justiz im Auftrag der Gesellschaft in Form von Strafen ziehen.

6

Das Forschungsprojekt „Entwicklung von Handlungskonzepten für die Präventionsarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen“, in dessen Rahmen das Konzept einer Verunsicherungs- und Konfrontationspädagogik entstanden ist, wird hierfür spezielle Videoclips mit jeweils passendem historischen Material (Dokumentaraufnahmen von Reden, Kriegszerstörungen, Augenzeugenberichte, u.a.) herstellen. Z.B. wird die deutsche Wehrmacht idealisiert und ihre Kriegsführung im 2. Weltkrieg. Entsprechende Bildberichte über den 2. Weltkrieg aus Wochenschauen und anderem Filmmaterial zeigen die Anfangszeit des Krieges, in denen die deutsche Armee von Sieg zu Sieg eilte. Ganz offenbar zielen diese Filme darauf ab, Vorstellungen von der Unschlagbarkeit der deutschen Truppen bei den Jugendlichen zu entwickeln. Sie sind zu konfrontieren mit den Bildern der Zerstörung am Ende des Krieges, die in Trümmern liegenden Städte, Soldaten in Kriegsgefangenschaft etc.. Einzubeziehen sind hier auch (insbesondere geheime) Reden des Führers über den Krieg und authentische Berichte von Kriegsteilnehmern. Ein anderes Thema wird die sog. Ausschwitz-Lüge sein: dazu Himmlers Ansprache in Kattowitz an die Wachmannschaften (sie existiert als Tonbandaufzeichnung) und das SPIEGEL-Interview von Hans Münch.

Literaturtipps (für diesen Artikel verwendet): ■

Brähler, Elmar; Decker, Oliver unter Mitarbeit von Geißler, Norman: „Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“; 2006.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): „Deutsche Zustände“; 5. Folge, 2007.

Fichtner/Stöss/Zeuner: „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“; 2006.

Stöss, Richard: „Rechtsextremismus im Wandel“; 2005.

Netzwerk für Demokratie und Courage

NDC - Chemnitz

■ Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) agiert derzeit in 10 Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland). Es ist ein breites Bündnis von verschiedenen regionalen und überregionalen PartnerInnen, die zusammen mit vielen freiwillig Engagierten (Teamende genannt) das Netzwerk bilden. Ziel der AkteurInnen ist es, Rassismus abzubauen und klar gegen rechte Meinungen aufzutreten. Dadurch fördert es die Zivilcourage eines/einer Jeden heraus. Die jungen, ausgebildeten und freiwillig Engagierten im Netzwerk bringen sich zivilgesellschaftlich ein, ermutigen andere aktiv zu werden und sich mit Betroffenen rechter Gewalt solidarisch zu zeigen.

Hauptkennungsmerkmal des Netzwerks sind die Projektstage „Für Demokratie Courage zeigen“, die an den Lernorten Schule, Ausbildungsstätte und Jugendeinrichtung von den lokalen Netzwerken in den einzelnen Bundesländern umgesetzt werden. Dies umfasst Aktivitäten der beteiligungsorientierten, außerschulischen, politischen und demokratischen Bildungsarbeit, egal ob in Gymnasien, Real-, Haupt-, Berufs-, Förderschulen oder in Jugendeinrichtungen. Die Projektstage stärken und fördern das zivilgesellschaftliche Engagement und die Sozialkompetenzen von Jugendlichen. Inhalte dieser

sechsstündigen Projektstage sind: Entstehen von Vorurteilen, Funktionen von Diskriminierung und Rassismus, Hintergründe zu Migration, couragiertes Handeln, Vielfalt von Jugendkulturen vs. Rechtsextremismus, Mitwirken an der Zukunft Europas, der bewusste Umgang mit Medien, Konfliktlösung konkret angehen, Teamfähigkeit testen und Kommunikation verstehen, Liebes- und Lebensweisen akzeptieren. Das Methodenrepertoire richtet sich dabei an Jugendliche zwischen 12-20 Jahren. Einige dieser Inhalte werden zudem als Workshopinhalte für LehrerInnen und SozialarbeiterInnen zur Weiterbildung sowie zum weiteren Arbeiten mit den Jugendlichen angeboten. Durchgeführt werden diese Tage von freiwillig engagierten Jugendlichen, die in einer einwöchigen Schulung die Projektstagskonzepte standardisiert nach der Formel „Ziel-Inhalt-Methode“ (ZIM), erlernen und für die Zielgruppe qualifiziert werden.

Wichtiger Bildungsansatz im Netzwerk ist „Jugend für Jugend“. Das Gefühl, mit ihrer/m Gegenüber auf gleicher Augenhöhe zu diskutieren, ist für Jugendliche besonders wichtig. Das zeigt das Feedback der Jugendlichen, des Lehrpersonals sowie ex- wie interner Evaluationen. Alle angewandten Projektstagskonzepte unterliegen im NDC vereinbarten Qualitätskriterien. Diese regeln auch die weitere Bildungs- und Netzwerkarbeit sowie die möglichen Qualifi-

zierungsschritte. Durch eine 21-tägige Zusatzausbildung werden z.B. engagierte Teamende zu TrainerInnen. Diese führen die Teamschulungen innerhalb des NDC, aber auch externe Veranstaltungen der PartnerInnen durch. Sie betreuen die Teamenden bei ihrem freiwilligen Engagement, entwickeln die vorhandenen Projekttagskonzepte weiter oder neu und unterstützen aktiv das hauptverantwortliche Personal in den Bundesländern bei ihrer Arbeit.

Unser Selbstverständnis im Überblick:

FÜR DEMOKRATIE COURAGE ZEIGEN!

Wir befördern eine demokratische Kultur, an der sich alle aktiv beteiligen können. Wir machen Mut, nicht wegzusehen, wenn Diskriminierung geschieht. Wir unterstützen eine emanzipatorische und damit nicht-rechte Gegenkultur durch die Stärkung von antirassistischen Positionen und das Aufzeigen alternativer Handlungsoptionen. Dazu gehört für uns die Achtung jedes einzelnen Menschen, unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion oder Geschlecht.

WIR GEHEN FREIWILLIG IN DIE SCHULE / JUGENDEINRICHTUNG

Wir kommen mit Jugendlichen ins Gespräch. Dafür gehen wir an die Schulen und Jugendeinrichtungen, und das ehrenamtlich. Unsere Methode dafür sind die Projektstage „Für Demokratie Courage zeigen“. In zehn Bundesländern und in Frankreich werden die Projekttagskonzepte nach einheitlichen und auswertbaren Qualitätsstandards durchgeführt.

DIE PRAXISEXPERTINNEN

Die Projektstage führen wir flächendeckend an den verschiedensten Schulen und Jugendeinrichtungen in den Regionen durch. Was

an Schulen und Jugendeinrichtungen passiert, wissen wir und können wir vergleichen, damit bündelt sich im NDC ein umfassendes Wissen.

WIR SIND DIE BILDUNGSMODERNISIERENDEN

Mit neuen Themen, Methoden und jungen Persönlichkeiten bringen wir frischen Wind in die Schulen und Jugendeinrichtungen. Wir stärken, fördern und fordern die weltoffene und zivilgesellschaftlich aktive (Berufs-) Schule und Jugendeinrichtung. Bei uns ist Demokratie ein greifbares Erlebnis, das Spaß macht.

MUT ZUM DISPUT

Wir diskutieren, klären auf, bestärken und vertreten klare antirassistische Positionen. Dabei ist JedeR Einzelne gefragt, JedeR kommt zu Wort. Der Effekt ist eine positiv veränderte Diskussionskultur.

NDC – DIE MUTMACHENDEN

Das NDC steht für die Ächtung von Rassismus. Wir bestärken den Mut zum Antirassismus in einer von rechten Gedanken beeinflussten Alltagskultur. Es geht uns nicht darum, handfeste Nazis zu bekehren. Wir fordern Zivilcourage jedes/r Einzelnen heraus - nur wer selbst aktiv wird, kann etwas verändern. Wir stärken soziale Kompetenzen wie Empathiefähigkeit, gerade mit Betroffenen rechter Gewalt und bei Diskriminierung.

JUGEND FÜR JUGEND – AUF AUGENHÖHE AUFKLÄREN

Unser Netzwerk wird von jungen Leuten gestaltet. Wir beleuchten zusammen mit den Jugendlichen verschiedene Aspekte von Demokratie, Mitbestimmung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Europa, Medien und Jugendkultur, zeigen Widersprüche auf und regen zum Nachdenken an, um Vorurteilen

entgegenzutreten. Jugend für Jugend heißt dabei, dass die SchülerInnen und TeamerInnen ähnlichen Alters sind und wir dadurch dieselbe Sprache sprechen.

DIE NETZWERKERINNEN

Unser Netzwerk ist unsere gemeinsame Handlungsplattform. Das Netzwerk bündelt viele Menschen und Organisationen, deren vielfältiges Know-How, Ideen und Erfahrungen – das ist unser Potential und unsere Kompetenz; Synergieeffekte entstehen durch diese intensive Zusammenarbeit.

Informationen über die lokalen Netzwerke und ihre Arbeit erhalten Sie unter: www.netzwerk-courage.de

Wissen und Analyse

„Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.“

„Homosexualität ist unmoralisch.“

„Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.“

„Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“

„Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“

„Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“

„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“

In Studien zu rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung finden sich Aussagen wie diese. Sie thematisieren keine Gewalt und auch nicht nur rassistische oder fremdenfeindliche Einstellungen, sondern zielen auf das grundlegende Einstellungsmuster des Rechtsextremismus ab, nämlich die Bereitschaft, andere Menschen und Menschengruppen als ungleich und ungleichwertig abzustufen. Dem entgegen stehen die demokratischen Werte der prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen und die

Einstellung, Verschiedenheit als eine Bereicherung zu verstehen.

Rechtsextrem sind Einstellungen, die die Abwertung bzw. die Ungleichwertigkeit von Menschen bejahen. Dazu gehört Ausländerfeindlichkeit als ein Merkmal unter vielen.

Prof. Heitmeyer und seine Forschungsgruppe stellen anhand einer auf 10 Jahre angelegten Studie („Deutsche Zustände“) die Frage, ob das Syndrom der so genannten „Gruppenspezifischen Menschenfeindlichkeit“ ein „Normaler Dauerzustand“ ist oder wird. Ist es kollektives Allgemeingut, dass „die Würde des Menschen unantastbar“ ist? Dazu müssten Einstellungen der Ungleichwertigkeit von Menschen kollektiv und individuell abgelehnt werden. Tatsächliche oder vermutete Desintegrationsprozesse in der Gesellschaft führen dagegen zu einem Erstarren von Ideologien der Ungleichwertigkeit, wie sie sich im Rechtsextremismus zeigen, beispielsweise als Abwehr von Konkurrenz oder dem Bedürfnis nach Demonstration vermeintlich eigener Überlegenheit. Gerade der Umgang mit (scheinbar) Schwachen – Individuen und/oder Gruppen - ist hier Gradmesser für das Syndrom Gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit.

Rechtsextremismus ist ein gesellschaftliches Phänomen, das sich an Einstellungen und erst dann an einem bestimmten Verhalten fest macht.

Diskriminierende Einstellungen sind dem eventuell gewalttätigen Verhalten vorgelagert. Das heißt, nicht sein Verhalten macht einen Menschen zum Rechtsextremen, sondern sein Denken! Das Risiko des Rechtsextremismus besteht vor allem in der Bereitschaft, antidemokratische und autoritäre Bewegungen zu

unterstützen und Gewalt gegen Schwächere oder Unterlegene anzuwenden, wenn sich eine Gelegenheit hierzu ergibt. Für den Zustand einer Gesellschaft sind laut Heitmeyer die Situation und die Einstellungen „der Mitte“ relevant. Und diese Mitte lehnt nicht zwangsläufig Aussagen im Bereich der Gruppenspezifischen Menschenfeindlichkeit ab (=„Feindseligkeit der Mitte“). Diese Einstellungen der Mitte bieten Resonanzraum und Legitimationsfelder für Rechtsextremismus.

Der pädagogische und der öffentliche Blick richten sich jedoch häufig auf das extreme Verhalten, was ein Gegenwirken unzulässig einengt. Hier aber kann ein Werben für demokratisch-humanistische Werte und die Umsetzung dieser Werte in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Betrieben, Jugendclubs etc. ansetzen.

Rechtsextreme Einstellungen sind weder Generationen-spezifisch noch „Schicht“-spezifisch, sie äußern sich nur anders.

Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten. Es wurde festgestellt, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft.

Rechtsextremismus entgegen treten durch Stärkung demokratisch humanistischer Werte!

Kennzeichnend für demokratische Werte sind in Deutschland nach Richard Stöss die Zustimmung und Unterstützung u.a. von:

- Menschenrechten
- Volkssouveränität
- Gewaltenteilung

Diese Werte stehen rechtsextremen Einstellungen entgegen und sind zu stärken. Doch Werte- und Wissensvermittlung allein greifen zu kurz. Diese Werte müssen im Alltag erlebbar sein, etwa durch eine demokratische Schul- und Jugendclubkultur, in der Kinder und Jugendliche sich selbst und andere als gleich anerkannt wahrnehmen können.

Der Persönlichkeitsebene messen Fichtner/Stöss/Zeuner jenseits der konkreten Lebensumstände die entscheidende Schranke gegen Rechtsextremismus zu: Partizipatorische, demokratische Einstellungen schützen am ehesten vor Anfälligkeit zu rechtsextremen Einstellungen. Nicht allein die aktuelle individuelle Lage, sondern deren subjektive Verarbeitung wird so relevant. Es werden zwei Verarbeitungsformen unterschieden: die eines selbstbewussten und nachhaltig demokratischen Verhaltens, Denkens und Engagements oder aber die Überantwortung des eigenen Schicksals an autoritäre Instanzen. Hier kann angesetzt werden durch Erziehung und Stärkung der Persönlichkeiten. Menschen (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) müssen sich selbst als wirksam in ihrem Lebensumfeld erleben können und dazu wollen wir als NDC mit unserer Bildungsarbeit eine Plattform sein.

Neonazis 2.0

Frank Carstens

■ Der Wandel innerhalb der extrem rechten Szene, der in den letzten Jahren stattgefunden hat, ist nicht zu übersehen. Er ist auch bei weitem noch nicht beendet. Im Gegenteil: Noch nie zuvor waren Fragen zu Subkultur, Diskussionen um Musik und Bekleidung so sehr wie derzeit integraler Bestandteil eines sich ausdifferenzierenden und dynamischen extrem rechten Lifestyles.

Erlebnis- und Aktionsorientierung stehen im Vordergrund, während tradierte Fragen um Ideologien in den Hintergrund treten. Wie allen Jugendlichen geht es auch jungen Neonazis um mehr als Politik: es geht ihnen um einen Lebensinhalt mit Spaß, mit Freunden, mit Aktivitäten. Die so genannten „progressiven“ Kräfte, an deren Spitze sich die militanten neonazistischen Kameradschaften und zunehmend „Freie Kräfte“ finden, setzen sich dabei weitestgehend gegen die so genannten „Traditionalisten“ durch. Dabei gelingen auch gedankliche/ideologische Spagaten, die noch Ende der 1990er Jahre für undenkbar gehalten wurden in Bezug auf die extreme Rechte in Deutschland: Ernsthaft wird zum Beispiel „nationalrevolutionärer HipHop“ in diversen Internetforen diskutiert.

Rechte Strömungen in ursprünglich „nicht-rechten“ Subkulturen sind nichts Neues. In bestimmten Teilen der Darkwave-Szene stellen faschistische Ästhetik und Antimodernität seit Anfang der 80er Jahre Anknüpfungspunkte für die Neonaziszene dar. Die neuen populären Stile, Hatecore und rechter Blackmetal sind mit dem traditionellen Selbstbild kaum in Einklang zu bringen. Entsprechend

revidierte die Szene dies fundamental und machte so den Weg frei, für die derzeitige ideologisch und subkulturell ausdifferenzierte rechte Jugendkultur. Die Zugehörigkeit zu irgendeiner Subkultur sollte fortan für die politische Arbeit keine Rolle mehr spielen. Wichtig war die Bereitschaft, sich für die Bewegung einzusetzen. Ganz offensichtlich zählt nicht mehr, was *äußerlich* jemand, sondern nur noch was jemand *im Geiste* ist: „Es geht nicht darum, wer oder was du bist. Hauptsache ist, du bist NS. Hauptsache, du denkst und handelst im nationalsozialistischem Gedanken.“

So ist es heute beileibe keine Seltenheit mehr, auf Demonstrationen HipHopper, Skater, selbst Punks zu sehen. Besonders beliebt ist auch der Autonomen-Look. Hier fällt es dann gelegentlich schwer, Rechte und Linke auseinander zu halten. Äußerlich gelingt das nur noch bedingt. Aus diesen Reihen stammt auch der Teil der Bewegung, der mit massiver Gewaltbereitschaft auftritt.

Die neue Offenheit der Szene bezieht sich natürlich nicht auf die verschiedensten Musikrichtungen allein, sondern mit diesen einher auch auf die damit verbundenen jugendkulturellen Elemente, wie Piercings und Tattoos oder Codes und Symboliken bestimmter Subkulturen, die in die Neonaziszene Einzug hielten. Mit der neuen Haltung hat sich zwar die Basis enorm verbreitert, die Demonstrationen erfreuen sich einer immer größeren TeilnehmerInnenzahl, doch ist diese Basis kulturell wie ideologisch nun höchst ausdifferenziert. Die Herstellung der ideologischen Einheit, wie sich das einige StrategInnen ge-

treu dem Motto „zuerst abholen, dann auf Linie bringen“ anfangs vorstellten, blieb aus.

“eine Bewegung werden“

Je ausdifferenzierter die Szene wird, umso verzweigter wird ihr ideologischer Kitt. Es bilden sich Fraktionen von „Nationalen Sozialisten“ über „Autonome Nationalisten“ hin zu „Autonomen Sozialisten“ oder „Volkssozialisten“ und „Nationalrevolutionären“. Ihr Weltbild besteht aus Bruchstücken nationalsozialistischer Ideologie verbunden mit gesellschaftlichen Diskursen und Positionen zu allgemein bewegenden Alltagsthemen. Das dahinter stehende Weltbild ist trotz allem dasselbe geblieben. Unverändert antisemitisch, rassistisch und völkisch tritt der alte Nationalsozialismus in neuen Kleidern auf. Nach wie vor ist die Globalisierung Verschwörungswerk der „jüdischen Ostküste“ Amerikas, und Umweltschutz ist notwendig als „Heimatschutz“ und Abwehr der vermeintlichen Bedrohung „deutscher Heimat und deutschen Volks“.

Neben ihrem Engagement für die „Sache“ pflegen die jungen Neonazis ihre eigenen Lebenswelten. Sie sind aktiv in den verschiedensten Subkulturen. Ob Hooligan, Kampfsportler, Hardcorefan oder skatender HipHopper, sich eher linkscodiert kleidend oder gepierct mit bunten Haaren, die äußerlichen Widersprüche schwinden vor dem Bewusstsein um das Gemeinsame. Obwohl oder vielmehr weil solche Entwicklungen seit wenigen Jahren szeneeintern zuweilen emotional diskutiert werden, stellen sie kein Ausschlussmoment mehr dar. Von ihrem engstirnigen Traditionalismus hat sich die „jugendliche“ rechte Szene längst gelöst. Sie steht heute kaum einer Jugendkultur verschlossen gegenüber. Auch umgekehrt bieten diese Jugendkulturen viele Schnittstellen, durch ihre eigenen rechten und antiemanzi-

patorischen Positionen. Diese sind zudem gesellschaftlich verankert und in Teilen zum Mainstream geworden. Wenn im sächsischen Pirna fast alle öffentlich wahrnehmbaren Jugendlichen rechts sind, werden sie gesellschaftliche Normalität. Dann werden in der öffentlichen Wahrnehmung umgekehrt auch Neonazis ihrem äußeren Erscheinungsbild nach ganz normale Jugendliche. Das unter Jugendlichen verbreitete neonazistische Weltbild findet seine Entsprechung in der alltäglichen Lebenswelt. Bisher unüberwindbare Ausschlussfaktoren zwischen traditionellem Weltbild und popkulturellem Alltag schließen sich nicht länger aus.

Im Alltag äußerlich modisch angepasst, wird die Ideologie oftmals nur noch in Form von Symbolen, Codes und bestimmten Marken zur Schau getragen. Szeneintern reicht diese Codierung zum Wiedererkennen Gleichgesinnter aus, für Außenstehende sieht es poppig und sportlich aus.

Die gesellschaftspolitisch schon lange als Individualisierung verstandenen Prozesse haben verspätet, aber umso dynamischer, auch vor der Neonaziszene keinen Halt gemacht. Für den Einzelnen gestaltet sich dies unproblematisch als Teil einer persönlichen Entwicklung. Für die Neonaziszene als solche, entstehen daraus fundamentale Problemlagen. Althergebrachte tradierte Positionen gilt es nun in Einklang zu bringen mit Individualisierung und kultureller wie inhaltlicher Ausdifferenzierung. Der traditionelle Nationalsozialismus basiert nicht zuletzt auf Uniformität und Massenkompatibilität. Dagegen setzen die dynamischen und jugendlichen Teile der Szene mit zunehmenden Erfolg auf fortschreitende Individualisierung und Erneuerung der so „modernisierten“ Ideologie. Entsprechende Entwicklungen finden auch Ausdruck in neuen losen

Organisationsformen. Sachsenweit existieren jugendliche Zusammenschlüsse von Cliques und peer groups, über Kameradschaften, zu Vereinen und Parteijugendorganisationen. Die Übergänge bleiben dabei fließend, Mehrfachmitgliedschaften und -engagements sind üblich. Zunehmend geht der Trend weg von streng organisierten Zusammenhängen hin zu loserer Strukturen. Die Erlebnisorientierung ist maßgebend, feste Zusammenschlüsse werden dabei als Hemmnisse und unnötig wahrgenommen. Dies gilt nicht nur für nachlassendes jugendliches Engagement in parteilichen Strukturen wie in der NPD, sondern auch für Kameradschaften. Obwohl deren Anzahl in Sachsen Jahr für Jahr steigt und derzeit mit 47 angegeben wird, ist vielmehr zunehmend von losen Zusammenschlüssen unter einem „Label“ zu sprechen. Der Kameradschaftsname und das gemeinsame Erlebnis sind dabei das Verbindende, wogegen die starren Strukturen und Regeln in den Hintergrund treten. Stattdessen schließt man sich lieber als „Freie Kräfte“ zusammen, über rechte Organisationsgrenzen hinweg. Die Vernetzungen finden dabei nicht mehr nur im realen Leben bei Treffen statt, sondern immer öfter mittels Emails, Foren und Chats im Internet. In der Wirklichkeit bleiben diese Zusammenhänge unbeirrt wahrnehmbar vorrangig durch ihre aggressiven Hegemonialbestrebungen. Diese wird von den Ideologen bewusst vorangetrieben und forciert, von der Mehrheit als selbstverständlich angenommen. Es werden Codes und Symbole von rechts ideologisch gefüllt und nach außen getragen, Fanzines und rechte Literatur gelesen und verinnerlicht. CDs rechter Bands finden sich wie selbstverständlich neben normalen Charthits im Regal und zu einschlägigen Konzerten kommen kontinuierlich trotz geheimer Durchfüh-

rung mehrere hundert BesucherInnen. Ganze Schul- und Ausbildungsklassen positionieren sich selbstbewusst als „rechts“, fast jeder fünfte Erstwähler gab seine Stimme bei der Landtagswahl 2004 der NPD.

Gerade unter Jugendlichen geht in Sachsen eine mehr oder weniger stark ausgeprägte neonazistische Einstellung einher mit entsprechenden Verhaltensweisen und Artikulationsformen. Wenn sich diese auch besonders in ihren rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Bezügen bis ins Detail ähneln, unterscheiden sich Verhaltensweisen und Artikulationsformen dennoch in ihrer Stoßrichtung. Während die breite Mehrheit eher als KonsumentInnen eingeordnet werden kann und an eine extrem rechte Szene vorrangig durch Erlebnisse, Musik, Sport oder Freunde gebunden ist, können Einzelpersonen und einzelne Gruppen als ideologisch gefestigte StrategInnen betrachtet werden. Diese sind in Sachsen zweifelsohne im Bereich der Kameradschaften und immer öfter unter den so genannten „Freien Kräfte“ zu verorten. Aus dieser Szene organisierter Neonazis kommen die WegbereiterInnen des extrem rechten Alltags. Sie sind verantwortlich für die „Faschisierung“ der Provinzen und die Normalisierung extrem rechter Alltagskultur in allen Teilen Sachsens.

■ **Frank Carstens**

Jahrgang 1978, Dipl. Sozialpädagoge,

Fachjournalist zu Neonazismus,

Mitbegründer und langjähriger Mitarbeiter von AMAL

Sachsen - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt e.V.

Wer hat Mut

VORM BRAUNEN MANN?

Die Herausforderung zur politischen
Verantwortung in der Jugendarbeit



Arbeitsgemeinschaft
Jugendfreizeitstätten
Sachsen e.V.

AGJF Sachsen e.V.
Neefestraße 82
09119 Chemnitz

TEL (0371) 533 64 - 0
FAX (0371) 533 64 - 26

WEB www.agjf-sachsen.de
E-Mail info@agjf-sachsen.de